

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung
vom 26. bis 30. Mai 1994 in Oslo

Die Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung fand vom 26. bis 30. Mai 1994 in Oslo statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag:

Abg. Klaus Francke (Hamburg) (CDU/CSU);
Leiter der Delegation

Abg. Hans-Dirk Bierling (CDU/CSU)

Abg. Joseph-Theodor Blank (CDU/CSU)

Abg. Wolfgang Götzer (CDU/CSU)

Abg. Lothar Ibrügger (SPD)

Abg. Dietmar Kansy (CDU/CSU)

Abg. Ignaz Kiechle (CDU/CSU)

Abg. Wolfgang Krause (Dessau) (CDU/CSU)

Abg. Markus Meckel (SPD)

Abg. Manfred Opel (SPD)

Abg. Helmut Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)

Abg. Brigitte Schulte (Hamelnd) (SPD)

Abg. Klaus-Dieter Uelhoff (CDU/CSU)

Abg. Dr. Norbert Wieczorek (SPD)

Abg. Torsten Wolfgramm (F.D.P.)

Abg. Uta Zapf (SPD)

Bundesrat:

Senator Volker Kröning (SPD), Bremen;
stellvertretender Leiter der Delegation

Staatsminister Dr. Herbert Günther (SPD), Hessen

Minister Rudi Geil (CDU/CSU), Mecklenburg-Vorpommern

Minister Gerhard Glogowski (SPD), Niedersachsen

Staatsminister Florian Gerster (SPD), Rheinland-Pfalz

Ministerin Christine Lieberknecht (CDU), Thüringen

Ablauf der Tagung

Die Ausschüsse der Nordatlantischen Versammlung tagten am 27. und 28. Mai, das Plenum am 30. Mai 1994.

Der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, Abg. **Dr. Loïc Bouvard** (Frankreich), eröffnete die Plenarsitzung und verlieh Moldawien den Status einer assoziierten, Marokko den einer beobachtenden Delegation. Es folgten Ansprachen des norwegischen Außenministers, **Bjorn Tore Godal**, und des Leiters der norwegischen Delegation, **Jan Petersen**.

Anschließend debattierte die Nordatlantische Versammlung die Initiative „Partnerschaft für den Frieden“. Dabei erhielten auch die assoziierten Delegationen Gelegenheit, ihre Haltung zur Partnerschaftsinitiative darzulegen.

Abschließend verabschiedete die Versammlung Ergänzungen zu ihrer Geschäftsordnung.

Plenarsitzung

Eröffnungsansprache des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. **Dr. Loïc Bouvard**

Präsident Bouvard (Frankreich) begann seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die gewaltigen Veränderungen, die im vergangenen halben Jahr als Reaktion auf den Umbruch in Osteuropa stattgefunden haben. Das Bündnis habe seine eigenen Strukturen und Beziehungen zu den neuen Demokratien dementsprechend verändert. Zunächst aufgetretene Meinungsunterschiede zwischen Amerikanern und Europäern über den europäischen Pfeiler des Bündnisses seien beigelegt, so daß es nunmehr auf Ersuchen der VN neue Aufgaben übernehmen könne. Mit der „Partnerschaft für den Frieden“ sei es durch gemeinsame Manöver, Standardisierung der Kommandostrukturen und Ausbildung von Offizieren möglich, den Partnerschaftsländern Unterstützung anzubieten. Präsident Bouvard hob hervor, daß die Friedenspartnerschaft eine Etappe auf dem Weg zur NATO-Vollmitgliedschaft darstelle, insbesondere auch für die EU-Aspiranten. Anfangs zögernd wolle Rußland nun ebenfalls der Partnerschaft beitreten, dabei jedoch eine Sonderrolle dergestalt einnehmen, daß es als Großmacht und ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat mit der Allianz regelmäßige Konsultationen zu wichtigen europäischen und globalen Sicherheitsfragen abhält, insbesondere auch für den Fall, daß die NATO auf Ersuchen der VN militärische Aktionen vornimmt. Dies setze jedoch voraus, daß die Russen ihrerseits Konsultationen im Rahmen der KSZE oder VN möglichen Militäraktionen, z. B. zur Friedenserhaltung im „nahen Ausland“, vorausgehen lassen. Inakzeptabel sei jedoch, wenn Rußland im „nahen Ausland“ nach seinem Gutdünken und ohne internationale Kontrolle Ordnung wiederherstellen wolle. Unter dem Eindruck von Besuchen in den baltischen Staaten unterstrich **Präsident Bouvard** das Recht jedes Staates auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Der Abzug russischer Truppen aus diesen Ländern dürfe nicht mit der Forderung nach einem Sonderstatus für die russische Bevölkerung im Baltikum verknüpft werden. Gleichwohl zeigte **Präsident Bouvard** Verständnis für die Sorgen der außerhalb Rußlands lebenden Russen. Wie in anderen Demokratien seien die Anerkennung von Minderheitenrechten und bilaterale Abkommen zur gegenseitigen Beachtung der Grenzen ein Schlüsselement für Stabilität in Europa. Über den Sicherheitsbereich hinaus könne Rußland mit dem Bündnis wirtschaftlich kooperieren. Die Einladung Boris Jelzins zum G7-Gipfel nach Neapel bringe die Hoffnung zum Ausdruck, daß sich in Rußland die Marktwirtschaft gegenüber dem Zentralismus durchsetzen werde. Mit der „Partnerschaft für den Frieden“ habe das Bündnis nicht nur seinen Wunsch nach Zusammenarbeit, sondern auch seiner Verpflichtung zu konkreter politischer Hilfe Ausdruck verliehen.

Der norwegische Außenminister, **Bjorn Tore Godal**, bezeichnete zu Beginn seiner Ausführungen die Nordatlantische Versammlung als einen „Stabilitätsanker“ in einer unruhigen Zeit. Die NATO habe bewiesen, daß sie zu Veränderungen fähig und ein

wichtiges Instrument in der Sicherheitsarchitektur Europas sei. Ihre Hauptaufgabe bestehe darin, die traditionellen Sicherheitsinteressen mit dem Erfordernis, die Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa voranzutreiben, in Einklang zu bringen, da die Sicherheit in Ost und West eng miteinander verknüpft sei. Die NATO habe mit ihrer neuen Strategie, deren Schwerpunkte auf dem Konfliktmanagement und der Kriseneinhegung liegen, Voraussetzungen geschaffen, um friedenserhaltende Missionen der VN und der KSZE zu unterstützen. Seit 1991 biete der Nordatlantische Kooperationsrat ein Forum für die Zusammenarbeit der NATO mit den neuen Demokratien. In diesem Rahmen gebe es auch Bemühungen, keine neuen Trennlinien in Europa entstehen zu lassen. Mit dem Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP), das sowohl den Ländern der ehemaligen Warschauer Vertragsorganisation als auch der KSZE offenstehe, werde dem Wunsch nach engerer Zusammenarbeit und Integration entsprochen. Konkrete Hilfe werde bei militärischen Reformen, Transparenz der Rüstungsplanung, gemeinsamen Manöver, etc. geboten. Ferner könne die PfP als Instrument des Krisenmanagements und der -verhütung genutzt werden. Wenngleich die PfP nicht automatisch auf eine NATO-Mitgliedschaft hinauslaufe, so könne aus ihr jedoch ein Netz der Zusammenarbeit in unterschiedlichen Bereichen gewebt werden. Daß u. a. Schweden und Finnland das PfP-Rahmendokument unterzeichnet haben, werfe auf die Sicherheitsperspektive Nordeuropas ein neues Licht, da diese Länder über zahlreiche Erfahrungen bei friedenserhaltenden Einsätzen verfügten. Mit der praktischen Ausgestaltung von PfP habe man bereits begonnen: an einem Marinemanöver unter norwegischem Kommando nähmen russische, US-amerikanische, britische, niederländische, deutsche und norwegische Einheiten teil. Zu der Rolle der WEU bemerkte **Außenminister Godal**, daß sie als europäischer Pfeiler einer eigenen EU-Sicherheitsidentität an Bedeutung gewinne. Dies habe der NATO-Rat während seiner Tagung 1991 in Rom ausdrücklich begrüßt und bestätigt. Bei Aufgaben der WEU, die von dem Bündnis nicht übernommen werden sollten oder wollten, könne die WEU auf Möglichkeiten der integrierten Militärstruktur des Bündnisses zurückgreifen. Die NATO sehe eine große Herausforderung darin, ihre Möglichkeiten für friedenserhaltende Maßnahmen der VN, zukünftig auch der KSZE, zu verbessern. Einhellig vertrete das Bündnis dabei die Meinung, daß solche Maßnahmen ausschließlich unter dem Mandat und der Verantwortung der VN ausgeführt werden könnten. Auch die Regierung Norwegens halte ein VN-Mandat für eine unverzichtbare Voraussetzung für ein Engagement der NATO. Einsätze im ehemaligen Jugoslawien seien für die NATO der erste Testfall gewesen. Zu ihren Aufgaben gehörten Maßnahmen zur Überwachung des Embargos in der Adria, Luftraumüberwachung und Unterstützung der UNPROFOR in Bosnien. Die Vereinbarung des Vertrages über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) sollte trotz der Schwierigkeiten Rußlands uneingeschränkt angewendet werden. Im Rahmen des START-Vertrages seien die Nuklearwaffen deutlich reduziert und die Bereitschaftsgrade gesenkt worden. Dennoch bleibe die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ein

großes Problem und die Politik Norwegens sei darauf gerichtet, Kernwaffentests weltweit zu verbieten. Ein weiterer Schwerpunkt norwegischer Politik sei die Verschärfung von Kontrollmaßnahmen beim Export von nuklearen, chemischen oder biologischen Waffen. Gerade in wirtschaftlich und politisch instabilen Ländern sei die Gefahr der unkontrollierten Zirkulation spaltbaren Materials größer als anderswo. Auf die Europäische Union käme eine große Gestaltungsaufgabe zu, um die wirtschaftliche, soziale und ökologische Stabilität in Osteuropa und den GUS-Staaten herzustellen. Deren hohe Arbeitslosigkeit, Währungsinstabilität und Wirtschaftsinstabilität erforderten gemeinsames Handeln über die Grenzen hinweg. Norwegen verfolge das Interesse, die MOE-Staaten und Rußland in multilaterale Abkommen mit der EU einzubinden; gegenwärtig verhandele die EU mit Rußland ein Partnerschaftsabkommen. Norwegen sei einer der Verhandlungspartner zur verbesserten Zusammenarbeit in der Region Barents-See und europäische Arktis. Auch der Nordische Rat verfolge eine engere Anbindung Kanadas und der USA bei der regionalen Zusammenarbeit. Bei der Öffnung Rußlands seien gravierende Umweltprobleme zutage getreten. Umweltverschmutzung mache an den Grenzen nicht halt, deshalb dränge Norwegen die EU, die Zusammenarbeit in diesem Bereich zu intensivieren.

Politischer Ausschuß

Der Politische Ausschuß tagte am 28. Mai 1994 unter Vorsitz des Abg. **Rose** (Vereinigte Staaten). Der Ausschuß behandelte den Entwurf des Generalberichts von Abg. **George** (Vereinigtes Königreich), den Entwurf eines gemeinsamen Berichts der Abg. **George** und **Dr. Loïc Bouvard** (Frankreich) sowie Berichtsentwürfe der Abg. **de Rato** (Spanien) und **Blin** (Frankreich). Außerdem wurden zwei Berichtsentwürfe von Berichterstattern assoziierter Delegationen, **Petre Roman** (Rumänien) und **Longin Pastusiak** (Polen), vorgelegt. Vor dem Ausschuß sprachen als Gastredner der Stellvertreter des Beigeordneten NATO-Generalsekretärs Botschafter von Moltke, **Allen Keiswetter**, sowie der Präsident der Republik Kosovo, **Dr. Ibrahim Rugova**.

Der Ausschuß diskutierte zunächst über den von Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) vorgelegten Entwurf des Generalberichts zum Thema „Nach dem NATO-Gipfel“. Der Berichterstatter konstatierte, daß die auf dem letzten NATO-Gipfel gefaßten Beschlüsse den von der Versammlung auf der Herbsttagung ausgesprochenen Empfehlungen grundsätzlich entgegenkämen. Hierbei nannte er die Anpassung der Bündnisstrukturen, die grundsätzliche Öffnung für neue Mitglieder und die Partnerschaft für den Frieden sowie die Verstärkung der Anstrengungen gegen Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Auftrags der NATO ging Abg. **George** auf die Entwicklung und getroffenen Maßnahmen im Jugoslawien-Konflikt ein und befaßte sich mit dem Konzept der Alliierten Streitkräftekommandos (Combined Joint Task Forces — CJTF), die auch die Möglichkeit zu Operationen

außerhalb des Bündnisgebietes eröffneten. Die Bündnisstrukturen beruhten weitgehend noch auf den Erfordernissen regionaler Verteidigung und seien daher inadäquat. Die CJTF sollten zur Strukturanpassung beitragen, Frankreich näher an die NATO heranzuführen und die europäische Verteidigungsidentität stärken, ohne Überschneidungen zu bewirken. Die CJTF könnten unter NATO oder WEU-Kommando sowie in Zusammenarbeit mit anderen Ländern eingesetzt werden, die daran teilnehmen wollen. Somit sei ein Einsatz der CJTF auch ohne Teilnahme der NATO möglich, falls diese sich gegen eine Mitwirkung entscheide. Abg. **George** zog daraus den Schluß, daß im Ergebnis NATO-Operationen ohne Konsens ermöglicht würden.

Eingehend auf die Partnerschaft für den Frieden erläuterte Abg. **George**, diese solle über die Aktivitäten des Nordatlantischen Kooperationsrates (NAKR) hinausgehen und engere militärische Zusammenarbeit und Interoperabilität fördern. Im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden werde sich die aktive Teilnahme auszahlen, die nach den Beschlüssen des Gipfels eine wichtige Rolle im Erweiterungsprozeß der Allianz spielen werde. Abg. **George** wies dabei auf die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton hin, nach denen sich nicht mehr die Frage stelle, ob die NATO neue Mitglieder aufnehme, sondern wie und wann.

Der Stellvertreter des Beigeordneten NATO-Generalsekretärs Botschafter von Moltke, **Allen Keiswetter**, bezeichnete es als Ziel der Partnerschaft für den Frieden, das Verhältnis zu den östlichen Ländern zu verändern und erläuterte die Entwicklung seit dem NATO-Gipfel. Nachdem spezielle Briefing-Teams den interessierten Ländern das Konzept erläutert hätten, hätten bereits 19 Länder das Rahmendokument unterzeichnet, darunter auch Schweden und Finnland; sieben Staaten hätten das Einführungsdocument vorgelegt und in naher Zukunft sei mit der Unterzeichnung der ersten individuellen Partnerschaftsprogramme zu rechnen. Die Planungszelle in Mons werde eingerichtet, auch im NATO-Hauptquartier würden Vorkehrungen für die Durchführung der Partnerschaftsaktivitäten getroffen. Wünschenswert sei die Unterzeichnung der Partnerschaft für den Frieden auch durch Rußland, wobei **Keiswetter** der Überzeugung Ausdruck gab, daß eine Möglichkeit gefunden werden könne, die der Bedeutung des Landes gerecht werde. Grundsätzlich betonte er, daß die Partnerschaft für den Frieden eine wichtige Rolle im Evolutionsprozeß der NATO spielen solle. Ein großer Vorteil des Konzepts bestehe darin, daß auf diese Weise keine neuen Grenzen gezogen würden, ein weiteres wichtiges Argument sei die fortbestehende Stärke der NATO, die durch eine schnelle Erweiterung geschwächt worden wäre. **Keiswetter** ging im weiteren auf die Anpassung der Streitkräfte und das Konzept der CJTF ein, das zur Zeit noch definiert werde. Die eingerichtete provisorische Koordinierungsgruppe werde in 6 Monaten berichten. In diesem Zusammenhang wies **Keiswetter** klarstellend darauf hin, daß die CJTF nur bei Konsens der NATO-Mitglieder eingesetzt werden können, auch wenn nicht alle sich an der jeweiligen Operation beteiligen.

In der anschließenden Debatte wurde kritisiert, daß der Entwurf des Generalberichts eine Aussage darüber vermissen lasse, daß die Partnerschaft für den Frieden einen Kompromiß darstelle. Auch müsse er Angaben darüber enthalten, welche Länder man aufnehmen wolle. In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag gemacht, daß das Vorhandensein demokratischer Strukturen zur Voraussetzung gemacht würde.

Von Seiten der assoziierten polnischen Delegation wurde kritisiert, daß für die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden keine klaren Definitionen der Voraussetzungen gegeben würden; so habe man von der NATO keine Antwort darauf erhalten, was zivile Kontrolle der Streitkräfte bedeute. Hierzu erklärte **Keiswetter**, daß es sich hierbei nicht um Kriterien, sondern um Ziele handele, für die aufgrund zahlreicher Umsetzungsmöglichkeiten keine genauen Vorgaben gemacht werden könnten. Die Länder würden daher aufgefordert, eigene Vorschläge entsprechend ihren Möglichkeiten zu machen. Der Vertreter der polnischen Delegation wandte sich ferner gegen das Argument, eine Erweiterung schwäche die NATO mit der Begründung, daß diese sich zum einen angesichts einer krisenfreien Lage eine zeitweise Schwächung leisten könne, zum anderen könne Polen materiell wie auch durch Engagement zur Stärkung des Bündnisses beitragen. Meinungsumfragen zeigten eine einstimmig positive Haltung auch in der Bevölkerung gegenüber der NATO, was einen Rückhalt beim Erweiterungsprozeß bedeute.

Seitens der assoziierten russischen Delegation wurde erklärt, daß in der Duma keine Mehrheit für die Partnerschaft für den Frieden gegeben sei. Die Zögerlichkeit der russischen Regierung, bei der die Entscheidung liege, sei zum einen darauf zurückzuführen, daß die NATO immer noch als Feindbild angesehen werde. Weiter sei die Partnerschaft für den Frieden ein Programm, das nicht bedeutend genug sei angesichts der Rolle Rußlands. Wenn ferner eine Vollmitgliedschaft nicht in Frage komme, sei auch die Teilnahme an einer Vorstufe nicht sinnvoll. Letztlich sei die Haltung geprägt von Enttäuschung über die Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern; der Wille zur Kooperation schwinde angesichts immer geringerer Bereitschaft des Westens, Rußland in seine Organisationen aufzunehmen, was mehr als alles andere zur Verstärkung der nationalistischen Tendenzen beitrage.

Abg. **Klaus Francke** (Bundesrepublik Deutschland) betonte, daß die NATO weiterhin den maßgeblichen Sicherheitsanker bilden müsse, geprägt von der transatlantischen Beziehung unter Stärkung der WEU als europäischem Pfeiler, ohne jedoch neue Strukturen zu schaffen. Weiter müsse die Partnerschaft für den Frieden als Möglichkeit akzeptiert werden, neue Partner einzubeziehen, wobei er unterstrich, daß es keine unterschiedlichen Klassen von Mitgliedern geben dürfe. Nicht akzeptabel sei ferner eine Unterstellung der NATO unter die KSZE. Zur Zusammenarbeit mit Rußland hob Abg. **Klaus Francke** die hierfür gegebene Unterstützung Deutschlands hervor und nannte es begrüßenswert, wenn die NATO ihre diesbezügliche Arbeit fortsetze. Hierauf eingehend wies

Allen Keiswetter auf das „Outreach“-Programm der NATO hin, das einen Besuchsaustausch zwischen Gruppen der Duma und NATO-Vertretern in Brüssel und Moskau umfasse und erklärte, das Kontaktprogramm genieße höchste Priorität. Die Position des Abg. **Klaus Francke** (Bundesrepublik Deutschland) wurde auch von Berichterstatter Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) ausdrücklich unterstützt, der die Erweiterung des Bündnisses als unausweichlich bezeichnete und die Notwendigkeit von Kriterien auch im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden betonte, die nahezu von allen Kandidaten gleichzeitig erfüllt werden können.

Im Rahmen einer Debatte zum Thema „Partnerschaft für den Frieden“ diskutierte der Ausschuß den Bericht des Abg. **Blin** (Frankreich) zum Thema „Die Partnerschaft für den Frieden“ und danach den Bericht der Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) und **Dr. Loïc Bouvard** (Frankreich) zum Thema „Das KSZE-Forum für Sicherheitskooperation — von Rom bis Budapest“ sowie Berichtsentwürfe der Sonderberichterstatter **Longin Pastusiak** über „Bedrohungen der Sicherheit in Mittel- und Osteuropa“ und **Petre Roman** über „Schaffung und Festigung der neuen europäischen Sicherheitsordnung aus rumänischer Sicht“.

Abg. **Blin** (Frankreich) erläuterte die Entstehungsgeschichte der Partnerschaft für den Frieden. Diese ursprünglich amerikanische Initiative solle eine Antwort auf die Sicherheitsorgen der betroffenen Länder darstellen; zuvor habe man fast ausschließlich die wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigt. Die Sicherheitsfragen seien insbesondere nach den Äußerungen Schirinowskis in den Mittelpunkt gerückt, die Unsicherheit verbreiteten und den Wunsch bestärkten, Schutz unter dem Dach des Bündnisses zu suchen. Nachdem zunächst die Reaktion auf das Angebot der Partnerschaft für den Frieden eher zurückhaltend gewesen sei, hätten nun bereits zahlreiche Länder unterzeichnet, wobei die Unterzeichner die Partnerschaft allerdings nur als Etappe auf dem Weg zur späteren Mitgliedschaft ansähen. Der Berichterstatter erläuterte die Elemente der Partnerschaft für den Frieden wie die vereinbarten Konsultationen im Fall einer Bedrohung und die Bedingungen und Ziele der Zusammenarbeit, nämlich die Sicherstellung der zivilen Kontrolle der Streitkräfte und die Transparenz der Verteidigungshaushalte der Kandidatenländer.

Als Vorteil der Partnerschaft für den Frieden bezeichnete Abg. **Blin** (Frankreich) die Verbindung mit der NATO, ohne daß diese um sämtliche ehemaligen WVO-Länder erweitert werden müsse. Der pragmatische Ansatz dieses Konzepts sei positiv, bei dem die betreffenden Länder an verschiedenen Initiativen nach eigener Wahl teilnehmen können; das Konzept der Partnerschaft biete zudem den Vorteil, daß kein Land der KSZE und des NAKR ausgeschlossen werde. Die Erfolgsaussichten bezeichnete er als gut; im Hinblick auf zu erwartende Schwierigkeiten nannte er zum einen die Haltung Rußlands, zum anderen die Kostenbelastung, die auf die zukünftigen Partner zukomme, wobei fraglich sei, ob die Länder ihre Verteidigungshaushalte angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten erhöhen könnten. Die dritte Schwierigkeit sei politischer Natur: die teilnehmenden Län-

der müßten nicht nur das demokratische Ideal teilen, sondern auch die Achtung von Grenzen und die Respektierung von Minderheitenrechten zusagen.

Anschließend stellte Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) den Bericht „Das KSZE-Forum für Sicherheitskooperation — von Rom bis Budapest“ vor, wobei er die Rolle der KSZE kritisch beurteilte. Als problematisch bezeichnete er die unzureichende Bereitschaft der Teilnehmerstaaten, Mittel für KSZE-Missionen zur Verfügung zu stellen. Bis heute seien keine friedenserhaltenden Missionen der KSZE durchgeführt worden, obwohl sie die VN in diesem Bereich entlasten sollte. Die KSZE spiele nur eine untergeordnete Rolle im Vergleich zu anderen Organisationen wie NATO, WEU und VN, wie der Krieg im ehemaligen Jugoslawien zeige. Durch die eigene Einstufung als regionale Einrichtung im Sinne der VN-Charta könne die KSZE nicht mehr außerhalb ihres eigenen Gebietes tätig werden. In den Gebieten mit dem größtem Krisenpotential würden friedensstiftende Maßnahmen ohne die KSZE von der GUS durchgeführt. Nach Einbußen des ursprünglichen Schwerpunktes habe sich auch die Berechtigung der KSZE im Verhältnis zu anderen Organisationen verwässert; Abgrenzungsschwierigkeiten zeigten sich auch in Bezug auf die Balladur-Initiative des europäischen Stabilitätspaktes. Generell fehle es an der erforderlichen politischen Bereitschaft der Mitgliedstaaten, die KSZE zu einer glaubwürdigen Organisation zu machen; sie sei lediglich zu einem nützlichem Forum geworden. Als Zukunftsperspektive solle man sich auf den Vorteil der KSZE besinnen, auf der Grundlage der Gleichberechtigung die meisten Staaten in einer Organisation zu vereinigen und die Instrumente der präventiven Diplomatie nutzen. Die KSZE könne eine wertvolle Rolle in Koordination mit den VN spielen oder unabhängig, aber mit Unterstützung des Sicherheitsrates, tätig werden.

Abg. **Pastusiak** (Polen) ging bei der Vorstellung seines Berichts „Bedrohungen der Sicherheit in Mittel- und Osteuropa“ auf die veränderte Situation nach Ende des Kalten Krieges ein und bezeichnete als größte Bedrohung für Europa im allgemeinen den Fortbestand von Zonen unterschiedlicher Sicherheit, wobei als sicher nur NATO-Staaten und teilweise sicher die Teilnehmer an der Partnerschaft für den Frieden anzusehen seien. Eine Bedrohung im Osten sei wegen der instabilen Lage in Rußland gegeben, die bei Zerfallserscheinungen zu Migration und Übergang von Konflikten auf die Nachbarländer führen könnten. Die Bedrohungen in den mitteleuropäischen Staaten selbst lägen in der wirtschaftlichen und politischen Instabilität der einzelnen Länder; hinzu kämen die Problematik des vorhandenen Völkergemisches mit möglichen Gebietsansprüchen sowie Umweltprobleme. Auch der Fortbestand großer Waffenarsenale stelle eine Bedrohung dar wegen der Möglichkeit, diese als Druckmittel einzusetzen. Viele der genannten Bedrohungen könnten durch den Aufbau wirksamer subregionaler Kooperationsstrukturen neutralisiert werden; bislang gebe es jedoch keine effizienten Mechanismen. Auch die westlichen Staaten verursachten eine Bedrohung durch die Perspektive wachsender Ungleichheit zwischen ihnen und den anderen Staaten. Abg. **Pastusiak** kritisierte die

ausgrenzende Haltung des Westens, die die angestrebte Mitgliedschaft in den multilateralen Institutionen zu lange hinauszögere.

Abg. **Roman** (Rumänien) stellte anschließend den Entwurf des Sonderberichts „Die Schaffung und Festigung der neuen europäischen Sicherheitsordnung aus rumänischer Sicht“ vor. Der Berichterstatter erklärte, daß das Zögern der NATO im Hinblick auf eine klare Entscheidung zugunsten einer Erweiterung in erster Linie auf die russische Frage zurückzuführen sei und den mangelnden Willen, neue Sicherheitsherausforderungen anzunehmen. Rumänien habe als erstes Land die Einladung zur Partnerschaft für den Frieden unterzeichnet, wofür Abg. **Roman** als Gründe die geostrategische Lage und die allgemeinen Bedrohungen auf dem Balkan nannte. Rumänien sehe die Partnerschaft für den Frieden als große Chance an und als Schritt in Richtung einer NATO-Erweiterung. Allerdings sei dieses Konzept weit hinter dem erhofften „Marshallplan“ zurückgeblieben. Abg. **Roman** erklärte abschließend, ohne Mitgliedschaft in der NATO könne Rumänien sich auf Dauer nicht sicher fühlen und begrüßte die Zusage des amerikanischen Präsidenten Clinton, die Erweiterung der NATO für den Fall nationalistischer Übergriffe Rußlands voranzutreiben.

In der anschließenden Debatte wurde von Seiten der polnischen assoziierten Delegation unterstrichen, daß der Bericht des Abg. **Blin** (Frankreich) zu Recht auf die Schwierigkeiten der Partnerschaft für den Frieden auch in finanzieller Hinsicht hinweise. Allerdings sei die Hauptfrage, ob die NATO Polen ein in Relation zu den Kosten stehendes, engagiertes Programm bieten könne. Ein weiteres Problem sei die mögliche Einflußnahme Rußlands im Falle einer Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden. So könne Rußland versuchen, eine Richtungsänderung zugunsten einer stärkeren Rolle des NAKR oder der KSZE herbeizuführen oder der Zielsetzung entgegenarbeiten, daß die Partnerschaft für den Frieden zu einer Mitgliedschaft in der NATO führen kann.

Abg. **Klaus Francke** (Bundesrepublik Deutschland) erklärte, die Rede des polnischen Kollegen sei eine eindeutige Begründung für die Mitgliedschaft Polens und anderer Länder in der NATO. Die deutsche Delegation in der NAV befürworte eine Erweiterung des Bündnisses und eine baldige Entscheidung über den Zeitpunkt und die möglichen Kandidaten. Eine Unterstellung der NATO unter die KSZE lehnte er ab. Abg. **Klaus Francke** unterstrich die Bedeutung der Partnerschaft für den Frieden als Vorstufe zur NATO-Mitgliedschaft und forderte deren schnellstmögliche Umsetzung. Hierbei begrüßte er die amerikanische Initiative, dem Präsidenten eine deutliche Definition der Voraussetzungen für eine aktive Teilnahme zu empfehlen. Im Hinblick auf die mit der Partnerschaft für den Frieden verbundenen Kosten für die Teilnehmerländer schlug Abg. **Klaus Francke** vor, geeignete Hilfsmaßnahmen seitens der NATO-Mitgliedsländer zu erwägen. Weiter erklärte er, keinem Teilnehmerland an der Partnerschaft für den Frieden dürfe ein Veto-Recht im Hinblick auf andere Länder zugestanden werden.

Kritisiert wurde in der Debatte die Bewertung der KSZE in dem Bericht der Abg. **Bouvard** (Frankreich) und **George** (Vereinigtes Königreich), deren negative Tendenz von den Rednern nicht geteilt wurde. Gefordert wurde, die KSZE wiederzubeleben, da diese Institution über effiziente Möglichkeiten im Bereich der Krisenverhütung und -bewältigung verfüge. Allerdings sollten nicht dort weitere Formen der Zusammenarbeit etabliert werden, sondern im Rahmen der EU, wobei die Idee einer Teilmitgliedschaft mit teilweise Marktzugang und Teilnahme an der GASP vorgetragen wurde.

Der Ausschuß befaßte sich weiterhin mit dem Bericht „Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum“ des Abg. **de Rato** (Spanien). Unter Hinweis auf das Sicherheitsrisiko in der Südregion forderte der Berichterstatter eine neue Gestaltung der NATO-Strategie. Die Allianz müsse sich von den Strukturen des Kalten Krieges lösen und die Wahrung von Frieden und Stabilität in der Region zu einer operativen Priorität erheben. Als Hauptkonfliktpotentiale nannte er den erstarkenden islamischen Fundamentalismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Als weiteren sicherheitsrelevanten Problembereich nannte der Berichterstatter die schwierige wirtschaftliche Lage, der mit größerer Hilfe und Förderung der industriellen Entwicklung begegnet werden müsse. Die NATO könne zwar die dortigen Probleme nicht lösen, als Organisation könne sie aber dort eine Schlüsselrolle spielen, wo es um angemessene Antworten auf die sich im Süden abzeichnenden Gefahren gehe, wobei der Berichterstatter Maßnahmen gegen die Verbreitung von Waffen und die Aufwertung von AFSOUTH zu einem dritten alliierten Oberbefehlshaber nannte. Auch die Schaffung eines multinationalen südeuropäischen Corps könne sich als wertvoller Beitrag erweisen. Erforderlich seien ferner Mechanismen zur Risikovorbeugung durch Dialog, wobei Abg. **de Rato** (Spanien) neben der Einrichtung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (KSZM), deren Realisierung in naher Zukunft als fraglich erscheine, auch einen Rat für den Mittelmeerraum als Option nannte oder eine Form von NAKR-Süd. Eine Mittelmeerdimension der KSZE bestehe schon seit einiger Zeit, aber bislang ohne Ergebnisse. Zur weiteren Förderung des Dialogs sollte die NAV, die verschiedene Aktivitäten im Hinblick auf die Südregion unternommen hat, den Ländern im südlichen Mittelmeerraum Beobachterstatus gewähren, die als junge Demokratien auf den Plan treten.

Im Verlauf der Debatte wurde betont, daß Hilfe seitens des Westens auch in wirtschaftlicher Hinsicht erfolgen müsse, da Sicherheit nicht lediglich militärische Aspekte aufweise. Dem erstarkenden Fundamentalismus solle durch Dialog entgegengewirkt werden; auch durch größere Marktöffnung könne ein Beitrag zur Stabilisierung der Region geleistet werden. Von türkischer Seite wurde kritisiert, daß die mit dem Islamismus verbundenen Gefahren zu viel Raum im Bericht einnehmen, die Berücksichtigung auch türkischer Probleme jedoch fehle.

Der Präsident der autonomen Republik Kosovo, **Dr. Ibrahim Rugova**, schilderte dem Ausschuß die Situa-

tion im Kosovo und erläuterte seine Vorstellungen über eine friedliche Lösung. Der Kosovo sei durch serbische Truppen besetzt und unterliege ständiger Repression durch die Serben, die die mehrheitlich albanische Bevölkerung unterdrückten. Tägliche Mißhandlungen seien an der Tagesordnung, die kulturelle und politische Identität werde vernichtet. Die albanische Bevölkerung werde diskriminiert, Apartheid beherrsche das System. Der Kosovo habe keine eigenen Verteidigungsstreitkräfte und keine Polizei, so daß die Bevölkerung den serbischen Streitkräften schutzlos ausgeliefert sei. Im Namen seines Volkes, das bislang lediglich gewaltlosen Widerstand geleistet habe, bat er um Schutz und erklärte als Ziel des Kosovo, eine unabhängige Republik zu bilden, wofür sich in einer Volksbefragung 90 % der Bevölkerung ausgesprochen hätten. Er regte an, das Problem des Kosovo in eine globale Lösung der Balkanfrage einzubinden und ein Protektorat zu errichten.

Seitens der albanischen assoziierten Delegation wurde im Anschluß an die Rede darauf hingewiesen, daß bei Zuspitzung der Lage im Kosovo dort ein größerer Krieg entstehen könne als in Bosnien. Die dort gemachten Fehler dürften sich nicht wiederholen.

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Der Verteidigungsausschuß der Versammlung tagte erstmals unter der Leitung seines in Kopenhagen neu gewählten Vorsitzenden, Abg. **van Vlijmen** (Niederlande).

Der Generalberichterstatter, Abg. **Estrella** (Spanien), legte den Entwurf seines Berichts „Nach dem NATO-Gipfel: Neue Strukturen und Modalitäten der militärischen Zusammenarbeit“ vor. Der Bericht vermittelt einen Überblick über die neuen Integrationsstrukturen (Alliiertes Schnelles Eingreifkorps und Multinationale Division Europa-Mitte), den Aufbau und das operative Konzept des Eurokorps sowie die geplanten Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF), die Raum für die Beteiligung von Nichtmitgliedern bieten sollen. Generell hoben sowohl der Berichterstatter als auch die Delegierten den positiven Impuls für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität hervor, der vom Brüsseler NATO-Gipfel ausgegangen sei.

Im übrigen wurden die Beratungen des Ausschusses von zwei aktuellen Themen beherrscht: Der ungewissen Friedensmission im früheren Jugoslawien und der nach wie vor offenen Frage einer Erweiterung des Bündnisses.

Die Erörterung des Zwischenberichts des Unterausschusses Verteidigungszusammenarbeit „Die NATO, Friedenserhaltung und das frühere Jugoslawien“, vorgelegt von Abg. **Vos** (Niederlande) und Abg. **Bilbray** (USA), wurde durch eine Podiumsdiskussion zum selben Thema ergänzt, welche **General Vigleik Eide**, ehemals Militärberater des VN-Sondergesandten in Bosnien, und der **Gesandte Nedžad Hadzimusic** von der bosnischen Vertretung bei der Europäischen Union eröffneten.

Die lebhaft geführte Debatte brachte keine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte, die zu verschiedenen Aspekten deutlich wurden: Obwohl der bosnische Vertreter die historische Einheit seines Landes als toleranter, ethnisch und konfessionell gemischter Staat beschwor, weigerten sich insbesondere britische Delegierte beharrlich, in Bosnien-Herzegowina ein eigenständiges Staatswesen zu sehen. Diejenigen Abgeordneten, welche weiterreichende militärische Maßnahmen forderten, wurden gerade von **General Eide** davor gewarnt, allein hiervon die Lösung für eine Krise zu erhoffen, deren frühzeitige politische Bewältigung versagt habe. Und während einige Delegierten die fortwährende Einmischung der VN kritisierten, nachdem diese die Operation der NATO übertragen habe, begrüßten andere ausdrücklich das Festhalten an einer politischen Kontrolle durch die VN-Gremien.

Minister **Florian Gerster** (Bundesrepublik Deutschland) unterstrich den extremen qualitativen Unterschied zwischen friedenserhaltenden und friedenschaffenden Maßnahmen, gab jedoch zu bedenken, daß ein Übergang von der ersten zur zweiten Kategorie durch die Umstände notwendig werden könne. Dabei dürfe allerdings das bereits eingesetzte Personal nicht gefährdet werden. Mit Blick auf künftige, ähnliche Herausforderungen forderte er die Definition klarer Schwellen und Kriterien für eine Intervention der Staatengemeinschaft. Hierzu gehöre sicherlich der Grad der Gefährdung für den Weltfrieden, doch auch Ziel und Ende einer Intervention müßten erkennbar sein.

Ebenfalls kontrovers debattiert wurde die Frage einer Erweiterung des Bündnisses und vor allem die damit verbundene Option einer vorauseilenden Ausdehnung der NAV-Vollmitgliedschaft: In ihrem Sonderbericht sprechen sich die Abg. **Rose** (USA) und **Karsten D. Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) sowie Senator **Roth** (USA) deutlich für die rasche und konkrete Vorbereitung einer Erweiterung der NATO aus, nachdem das ursprünglich auf vorläufige Vertagung der Erweiterungsfrage zielende Programm „Partnerschaft für den Frieden“ von den betroffenen mittel- und osteuropäischen Staaten — nicht zuletzt aufgrund von Verlautbarungen der Clinton-Administration — zunehmend als Vorstufe für die Mitgliedschaft im Bündnis verstanden wird. Mit der hieraus abgeleiteten, in einem zweiten Papier dargelegten Anregung, bereits im Vorgriff auf einen erhofften NATO-Beitritt den betreffenden Staaten die Vollmitgliedschaft in der NAV anzubieten, konnten sich die Berichterstatter nicht durchsetzen.

Dagegen stieß ein — nicht als Gegenvorschlag intendiertes — Konzept von Senator **Heflin** und Abg. **Bereuter** (USA) zur Unterstützung der „Partnerschaft für den Frieden“ durch die Versammlung auf breite Zustimmung. Dieses Konzept, das die Formulierung wünschenswerter Reformen und anderer Maßnahmen im Hinblick auf einen möglichen späteren NATO-Beitritt durch die Ausschüsse der NAV — unter Mitwirkung der Assoziierten Mitglieder — vorsieht, soll in Washington näher erörtert werden.

Auf großes Interesse stieß der von Abg. **Cook** (Vereinigtes Königreich) vorgelegte Zwischenbericht des

Unterausschusses „Zukunft der Streitkräfte“. Der Berichterstatter sprach sich für die verstärkte Heranziehung von Reservisten bei der Bewältigung der neuen Aufgaben der Zusammenarbeit im Rahmen des NAKR einerseits und der Friedenswahrung und humanitären Hilfe andererseits aus. Allerdings — so der Berichterstatter wie auch die weiteren Redner übereinstimmend — setze dies eine größere Vereinheitlichung des Reservewesens innerhalb des Bündnisses voraus. Unter dem Eindruck eines Besuches vor Ort ging Abg. **Cook** auch auf die drohende Schließung des amerikanischen Militärkrankenhauses in Frankfurt ein und regte eine Übernahme dieser hochmodernen Einrichtung durch das Bündnis an, um es zumindest in Teilen funktionsfähig zu erhalten und einen späteren, kostspieligeren Neuaufbau zu vermeiden.

Ohne Debatte zur Kenntnis genommen wurden schließlich zwei Einzelberichte: Abg. **Slatinsky** (Bulgarien) legte seinen Sonderbericht über die Sicherheitslage Bulgariens vor, und Abg. **Lancaster** (USA) referierte über den Stand der Abrüstung chemischer Waffen in der Russischen Föderation, wobei er alle westlichen Staaten aufforderte, sich der amerikanischen Unterstützung für diese gewaltige Aufgabe anzuschließen.

Wirtschaftsausschuß

Der Wirtschaftsausschuß beriet am 28. Mai 1994 unter Vorsitz von Abg. **Sir Wiggin** (Vereinigtes Königreich) den von Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) vorgelegten Generalbericht über „Die Uruguay-Runde und die nächste Tagesordnung für den Welthandel“, den von Abg. **Zijlstra** (Niederlande) verfaßten Zwischenbericht des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Den Europäischen Energiecharta-Vertrag: Auf dem Weg zur gegenseitigen Energieversorgungssicherheit“ sowie den ebenfalls von Abg. **Zijlstra** (Niederlande) verfaßten Sonderbericht „Albanien: Neubeginn unter größten Herausforderungen“.

Zu Beginn der Sitzung bat der Vorsitzende **Sir Wiggin** (Vereinigtes Königreich) den Direktor für Unternehmensstrategie der Statoil, **Willy Olsen**, über die zukünftige Entwicklung der Energieressourcen in Osteuropa zu referieren. Das norwegische Nordseeöl nehme einen Marktanteil von 10 % an der Versorgung Westeuropas ein; über das norwegische Nordseeöl werde daher ein erheblicher Beitrag zur Versorgungssicherheit im Bereich Energie für Europa geleistet. Norwegen sei der viertgrößte Ölexporteur und der neuntgrößte -produzent weltweit. Die Tagesproduktion — die z. Zt. bei 2,5 Millionen Tonnen liege — werde bis 1996 noch steigen; erst nach dem Jahre 2000 sei mit einem Rückgang zu rechnen, obwohl die Erdölvorkommen in der Nordsee nach allgemeinen Schätzungen bei gleichbleibendem Verbrauch für weitere 270 Jahre reichen würden. Heute sei bereits bekannt, daß die Schätzungen über die noch vorhandenen Vorkommen mit Vorsicht zu betrachten seien: In der Barentssee z. B. seien Ölmengen bereits versichert. Zudem gestalte sich die wirtschaftliche Verwer-

tung mancher Vorkommen außerordentlich problematisch. Hier sei nicht nur eine ständige Technologieentwicklung gefordert; auch die Entfernung zu den Märkten sei ein erhebliches Problem.

Ähnliche Probleme stellten sich bei der Ausbeutung der Erdölvorkommen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Einerseits hätten diese Länder bisher nicht unsere Wirtschaftlichkeitskriterien angelegt, und andererseits sei die Technologie dort bei weitem nicht so weit entwickelt. Zudem — und auch dies spiele eine Rolle für die Ausbeutung der Erdölvorkommen in Kasachstan und Aserbaidschan — werde z. Zt. daran geforscht, Trockenvorkommen ausbeuten zu können. Bezogen auf eine langfristige Versorgungssicherheit sei es für Westeuropa sehr wichtig, die Vorkommen in der ehemaligen Sowjetunion abzubauen. Betrachte man die Gegenden mit den größten Vorkommen, so seien dies der Nahe Osten und die Südflanke der ehemaligen Sowjetunion. In Aserbaidschan z. B. werde an einem Fundort seit 100 Jahren Erdöl gefördert.

Betrachte man die gegenwärtige Erdölproduktion in den südlichen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, so seien viele Probleme festzustellen: Die Produktivität sei sehr gering, die Infrastruktur weitgehend ruiniert, erhebliche Umweltschäden seien entstanden und zu sanieren. Darüber hinaus gäbe es Probleme zwischen der Zentrale in Moskau und den Regionen zu lösen, die Investoren abschreckten. Für den Abschluß von Geschäften in Aserbaidschan oder Kasachstan sei zudem viel Geduld notwendig; Statoil verhandle seit vier Jahren in Aserbaidschan mit unterschiedlichen Gesprächspartnern, da in dieser Zeit fünf Regierungswechsel stattgefunden hätten. Schließlich fehlten aber auch Transportwege, da weder Aserbaidschan noch Kasachstan direkten Zugang zum Meer hätten. Insofern sei Rußland in die Verhandlungen stets mit einzubeziehen. Schließlich sei — wegen fehlender Grenzziehungen — auch ungeklärt, wem das Öl im Kaspischen Meer gehöre.

Zusammenfassend hob Direktor **Willy Olsen** hervor, daß rechtliche und politische Stabilität erforderlich sei, bevor größere Investitionen getätigt werden würden.

In der anschließenden Diskussion führte Direktor **Willy Olsen** auf eine Frage von Abg. **Sir Wiggin** (Vereinigtes Königreich) aus, daß die OPEC heute keine bedeutende Rolle mehr spiele; dies liege einerseits daran, daß Saudi-Arabien nicht mehr bereit sei, die Rolle des „swing-producer“ zu übernehmen. Andererseits sei aber auch der Weltpreis für Öl relativ gleichgültig. Der Verbraucher zahle nämlich nicht die 15 US-Dollar pro Barrel, die z. Zt. auf dem Weltmarkt verlangt würden. Aufgrund der Besteuerung zahle der Verbraucher bereits heute mehr als 100 Dollar pro Barrel. Die darin enthaltene Geldverlagerung ärgere die OPEC-Staaten.

Die Frage von Senator **Gaud** (Frankreich), ob es bereits Förderverträge der Statoil mit Staaten der ehemaligen Sowjetunion gebe, wurde von Direktor **Willy Olsen** verneint; wegen des Regierungswechsels in Aserbaidschan im Herbst letzten Jahres habe das — damals unterschriftsreife — Abkommen neu ver-

handelt werden müssen. Ein Abschluß sei nun greifbar.

Wünschenswert sei, so setzte Direktor **Willy Olsen** fort, wenn sich die Lage in der ehemaligen Sowjetunion möglichst schnell stabilisiere und auch in Rußland eigene Unternehmen entstehen würden. Dann wäre dort auch das Geld vorhanden, das benötigt werde, um Umweltschäden zu beseitigen und umweltfreundlich zu produzieren. In der Nordsee werde außerordentlich sauber produziert, so daß gerade in diesem Bereich viel Wissen transferierbar sei. Die Statoil, die zu 100 Prozent dem Staat gehöre, sei gerne bereit, ihr Wissen zur Verfügung zu stellen.

Im Anschluß daran hörte der Ausschuß ein Referat von dem stellvertretenden Direktor für Politik und Koordination bei der „Defense-Support-Division“ der NATO, **David Cooper**, über „Die Verteidigungszusammenarbeit innerhalb der Allianz und ihre Anforderungen an die nationale Beschaffungspolitik sowie über die entsprechenden Bezüge zum NATO-Erweiterungsprogramm für Zentral- und Osteuropa“. Eingangs unterstrich **David Cooper**, daß die Interoperabilität und Standardisierung auch im neuen Umfeld der Friedenssicherung ihre Bedeutung behalte. Inwieweit die neue Verteidigungspolitik sich auf die Industrie auswirke, ließe sich noch nicht genau abschätzen. Nach seiner Einschätzung sei hier die Europäische Union trotz des Artikels 232 EGV gefordert. Zahlreiche der benötigten Güter seien nämlich auch ziviler Natur. Rüstungsindustriepolitik sei jedoch generell ein problematisches Feld, da es weder Vorschriften für den Handel mit Rüstungsgütern noch den Technologietransfer gebe; darüber hinaus stelle die Rüstungsindustrie auch keinen freien Markt dar. Soweit die Aufgabe der Friedenssicherung neue und andere Ausrüstungen erfordere, lägen erste Erfahrungen sowie weiterführende Überlegungen vor: Für die Ausrüstung bedeute dies vor allem, daß „nicht-tödliche-Waffen“-Systeme zum Selbstschutz von Transportflugzeugen, gute und umfassende Kommunikationssysteme sowie Einrichtungen, mit denen die Identifizierung von Freund und Feind am Boden vorgenommen werden kann, erforderlich seien. In den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas würde nunmehr ebenfalls die politische Ebene — aufgrund der neuen demokratischen Strukturen — die Beschaffungsentscheidungen fällen. Die NATO könne und wolle dabei nicht bevormunden, sondern lediglich Hilfestellung leisten.

Zu Beginn der anschließenden Aussprache kritisierte der Vorsitzende, Abg. **Sir Wiggin** (Vereinigtes Königreich), die Rolle der NATO als Lieferant von „Friedenstruppen“ werde überbetont. **David Cooper** entgegnete, die Rüstungsbeschaffung in der NATO diene nicht nur den NATO-Aufgaben. Die Beschaffungen würden von souveränen Ländern vorgenommen. Im Golf-Krieg sei zwar nicht die NATO insgesamt, aber doch einzelne Mitgliedstaaten im Einsatz gewesen. Dabei habe sich die Kompatibilität ihrer Waffen als Vorteil erwiesen.

Auf eine entsprechende Nachfrage von Abg. **Krieps** (Luxemburg) unterstrich **David Cooper**, daß eine Zentralisierung in der Beschaffungspolitik der NATO

wichtig sei; dies sei allerdings nicht der offizielle NATO-Kurs, sondern seine persönliche Meinung.

Minister **Rudi Geil** (Bundesrepublik Deutschland) nahm Bezug auf die von David Cooper kritisierte fehlende Kooperation und Standardisierung innerhalb der NATO. Er fragte, ob es Vorschläge aus dem Kreise der NATO gebe, die dem Rat oder dem Europäischen Parlament zur Umsetzung zugeleitet worden seien. **David Cooper** führte dazu aus, es gäbe für die konventionelle Ausrüstung viele standardisierende Abkommen. Bevor — was im übrigen ein sehr guter Gedanke sei — Vorschläge aus dem Kreis der NATO an die Europäische Union herangetragen werden könnten, seien jedoch noch Gespräche über den langfristigen Bedarf notwendig. Im übrigen wolle er noch einmal klarstellen, daß es ihm nicht um industrielle Konzentration ginge. Damit sei u. a. grundsätzlich eine erhöhte Gefährdung durch den Terrorismus verbunden. Wichtig sei ihm, daß die Basis der industriellen Verteidigungsproduktion erhalten und organisiert bleibe.

Abg. **Calha** (Portugal) fragte danach, was durch eine Zusammenarbeit eingespart und welche Prioritäten angelegt werden könnten. Die Auffassungen der Ökonomen — entgegnete **David Cooper** — über das Einsparpotential gingen sehr weit auseinander. Einigkeit bestünde lediglich darin, daß die Planungskosten zunächst steigen und die übrigen Kosten jedoch später sinken würden. Er sehe den Vorteil vor allem darin, daß das technische Risiko gemeinsam getragen werde. Auf Dauer könne eine fehlende gemeinsame Planung nicht hingenommen werden. Militärisches Gerät sei stets die Lösung eines Problems; insofern sei es notwendig, über die in Zukunft zu lösenden Probleme zu reden, um unter verschiedenen Lösungen die richtige herauszufinden.

Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) bemerkte, daß eine mit der Zusammenarbeit einhergehende Produktionsverlagerung eine Einschränkung der Souveränität darstelle und die individuelle Handlungsfähigkeit beeinträchtige. Er frage sich, was als Minimum zu erhalten sei. **David Cooper** entgegnete, dieses Problem bestehe seit Gründung der NATO; so gäbe es zwar eine gemeinsame NATO-Strategie der Verteidigung, nicht jedoch der Beschaffung. Seine persönliche Meinung sei, daß in einem Bündnis mit integrierter Befehlsstruktur ein großer Souveränitätsverlust unvermeidbar sei. Deshalb auch sei ihm unverständlich, warum bei der Beschaffung ein Zusammenwirken so strikt verweigert werde.

Abg. **Sir Wiggin** (Vereinigtes Königreich) bemerkte dazu abschließend, daß allzu schnell der Preis das einzige Auswahlkriterium für die Beschaffung werden könne. Dies dürfe aber nicht geschehen, sonst würde nur noch in den USA beschafft. Er plädiere daher — aus verschiedenen Gründen — dafür, eine eigene Rüstungsproduktion aufrechtzuerhalten.

Abg. **Zijlstra** (Niederlande) faßte den Zwischenbericht des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Den Europäischen Energiecharta-Vertrag: Zu gegenseitiger Energieversorgungssicherheit“ zusammen und hob dabei noch einmal die vorrangigen Ziele hervor. Eine Ost-

West-Zusammenarbeit im Energiebereich böte sich für den Westen wegen der großen Rohstoffvorkommen im Osten an. Auf der anderen Seite seien jedoch auch die Vorteile für die mittel- und osteuropäischen Staaten eindeutig: Sie kämen so an Devisen, könnten die Inflation eindämmen, was die Stabilität fördere, zudem führe der gemeinsame Abbau der Rohstoffvorkommen zu einem Technologietransfer. Gegenwärtig bestünden jedoch viele Spannungen wegen des Streites über die Art der Energiegewinnung und -durchleitung. Diese Probleme seien lösbar und müßten am besten durch eine internationale Vereinbarung auch gelöst werden. Die Investitionen hingen jedoch stärker von der politischen Stabilität in den mittel- und osteuropäischen Staaten ab, als von dem internationalen Rahmen des Energiecharta-Vertrages. Der Vertrag könnte einen Eckstein im internationalen Investitionsrecht darstellen und somit für weitere Abkommen dieser Art Modellcharakter haben.

In der darauffolgenden Aussprache bemerkte Senator **Gaud** (Frankreich), daß Energiefragen für alle Volkswirtschaften eine grundlegende Bedeutung hätten. Die rohstoffreichen Entwicklungsländer und die Industrieländer mit ihrem technischen Know-how ergänzten sich hier gut. Dennoch sei zu fragen, wann die Abhängigkeit Westeuropas von der Entwicklung der MOE-Staaten die Energieversorgung gefährde. Im übrigen weise er auf die Gefahr hin, daß Uran frei verkauft werden könne. Für die Entwicklung in den MOE sei seiner Auffassung nach primär erforderlich, daß Gesetze über Eigentum, Banken, etc. geschaffen würden. Abg. **Zijlstra** (Niederlande) entgegnete, daß Abhängigkeiten durch Diversifikationen der Lieferungen vermieden werden könnten. Im übrigen stimme er den Bedenken von Senator Gaud zu. Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) unterstrich, daß der Abschluß des Energiecharta-Vertrages ein wichtiges Zeichen für den Aufbau der MOE-Staaten sei. Ihm erscheine der Vertrag jedoch nicht bindend genug; insbesondere werde Gefahren, die aus einer Überproduktion von Uran folgen könnten, nicht hinreichend vorgebeugt. Auf Dauer sei ein Moratorium notwendig, das auch zur Stillegung von Atomkraftwerken führen müsse. Hierzu wies Abg. **Zijlstra** (Niederlande) darauf hin, daß das Abkommen einen Nichtverbreitungsteil enthalte und die meisten Probleme abgedeckt seien. Im übrigen gäbe es auch noch die Internationale Atomenergiebehörde. Der Vertrag könne nicht alle Probleme lösen, er bringe jedoch zunächst einmal mehr Sicherheit. Abg. **Zijlstra** gab zu bedenken, daß auch westliche Staaten mitunter Sicherheitsstandards unterlaufen würden. Die französische EDF betreibe z. Zt. in den MOE-Staaten den Bau eines Atomkraftwerkes unter Vernachlässigung westlicher Sicherheitsstandards.

Im weiteren Verlauf der Ausschlußberatungen faßte Abg. **Dr. Norbert Wiczorek** (Bundesrepublik Deutschland) seinen Generalbericht „Die Uruguay-Runde und die nächsten Tagesordnungspunkte für den Welthandel“ zusammen. Eingangs erinnerte er daran, daß der GATT-Abschluß von 114 Ländern unterzeichnet worden sei. Insbesondere für den primären und sekundären Bereich sei das GATT-Abkommen von erheblicher Bedeutung. Dennoch dürfe darüber nicht vergessen werden, daß im Bereich

der Dienstleistungen das größte Wachstum stattfinde. Hier fehlten ebenso noch Regelungen, wie die Rolle der Welthandelsorganisation noch nicht ausreichend definiert sei. Für die Staaten der sog. Dritten Welt brächte das Abkommen jedoch erhebliche Vorteile. Noch offene Probleme müßten vor allem durch regionale bzw. bilaterale Abkommen gelöst werden. Ein besonderes Problem stelle auch die Entwicklung in China dar; hier trage insbesondere die USA eine besondere Verantwortung für die Zukunftsentwicklung.

In Zukunft — darauf wolle er besonders aufmerksam machen — seien die sozialen und Gewerkschaftsrechte abzusichern. Auf Dauer könnten sich auch die Staaten der Dritten Welt einem Fortschritt in diesem Bereich nicht entziehen; andererseits sei deutlich, daß die Entwicklung sozialer und Gewerkschaftsrechte die Entwicklung in den Staaten der Dritten Welt verlangsamen werde. Im übrigen sei dies kein Themenbereich der allein durch das GATT-Abkommen gelöst werden könne. Hier sei möglicherweise auch die internationale Arbeitsorganisation gefordert. Ein interessanter Vorschlag sei, Mindeststandards für die Bildung zu verlangen.

Eine weitere neue Stoßrichtung, auf die er hinweisen wolle, stelle die Verbindung von Umwelt und Ökonomie dar. Umweltstandards seien aus Sicht der Staaten der Dritten Welt sehr problematisch, weil sie befürchteten, daß darin die Gefahr verdeckter Handelshemmnisse liegen könne. Schließlich sei das Abkommen und der Welthandel auch durch nichttarifäre Regelungen gefährdet. Obwohl der Abschluß des GATT-Abkommens den freien Welthandel erheblich vorangebracht habe, sei abschließend festzustellen, daß noch viele Aufgaben erledigt werden müßten.

In der darauffolgenden Diskussion äußerten die Delegationen ihre Zufriedenheit über den Abschluß der GATT-Verhandlungen. Deutlich wurde aber auch, daß gerade der mit dem Abkommen einhergehende Verlust nationaler Souveränität für die Vereinigten Staaten von Amerika problematisch sind. Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) hielt dem entgegen, daß das Abkommen gerade auf einen Souveränitätsverlust abziele, der jedoch durch neue Handelsregeln mehr als ausgeglichen werde. Senator **Gaud** (Frankreich) stimmte mit dem Berichterstatter darin überein, daß noch viele Fragen offen seien. Zu nennen seien die Luftfahrtindustrie, der audio-visuelle Bereich, Dienstleistungen, etc. Dennoch stelle der Abschluß des GATT-Abkommens einen großen Schritt in die Zukunft dar, da das Abkommen beträchtliche Zollverringerungen bringe. Leider seien die Arbeitsbedingungen und die Gefahr der Wechselkursschwankungen nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Abg. **McMillan** (USA) stellte ausführlich die Probleme dar, die die Ratifikation des GATT-Abkommens im US-Kongreß aufwerfen würde. Ein Abschluß sei politisch schwer durchsetzbar. Dennoch liege das Abkommen im Interesse der USA, obwohl darin kein großer Gewinn für die USA gesehen werde. Er beschrieb die Probleme der Vereinigten Staaten auf dem Agrar-, Textil- und Chemiesektor. Die USA erhofften sich

einen Ausgleich für diese „GATT-Verluste“ durch den Abschluß von Handelsabkommen mit China.

Daraufhin mahnte Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) zur Eile; wenn neue Forderungen auftauchen sollten, würden auch andere Verhandlungsteilnehmer ihre Kataloge wieder eröffnen. Sowohl von Abg. **van Gennip** (Niederlande) als auch von Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) wurde deutlich unterstrichen, daß auch bald eine Angleichung der Arbeitsbedingungen und der Gewerkschaftsrechte geschaffen werden müsse. Es sei zwar nicht möglich, überall die gleichen Standards vorzusehen, Einigkeit müsse jedoch über Mindeststandards erzielt werden, insbesondere Kinder- und Zwangsarbeit gehörten verboten. Dies sei nicht nur unter humanitären Gesichtspunkten wichtig, sondern auch deshalb, weil anderenfalls Europa nicht mit der Produktion in der Dritten Welt konkurrieren könne. Die Industrie sei in der Lage, ihre Produktionsstätten überallhin zu exportieren. Dies könne größere Arbeitslosigkeit und eine schlechtere eigene Industrie in Europa zur Folge haben. Abg. **van Gennip** (Niederlande) betonte weiter, daß auch das Problem des Umweltdumpings auf Dauer gelöst werden müsse. Die Umwelt habe in der Regel zwar keine Lobby, dennoch sei nicht hinnehmbar, daß eine umweltintensive Produktion in den Staaten der Dritten Welt negativen Einfluß auch auf erreichte Umweltstandards habe. Abschließend wies Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) darauf hin, daß drängende Probleme auch in anderen Zusammenhängen nur schwer lösbar seien; so scheitere im Bereich der Europäischen Union eine Sozialcharta bisher an dem Widerstand des Vereinigten Königreichs.

Im weiteren Verlauf der Ausschlußberatungen faßte der Sonderberichterstatter über Albanien, Abg. **Zijlstra** (Niederlande), die Ergebnisse seiner Untersuchungen zusammen und stellte fest, daß die Entwicklung in Albanien starke Verbesserungen zeige. Dies gelte insbesondere für die Lebensqualität und für ein Wirtschaftswachstum von 8 %. Die Umstellung auf die Privatwirtschaft beginne zu greifen, obwohl noch viele Probleme offen seien. Das Land verfüge kaum über Reserven und habe 845 Millionen US-Dollar Außenschulden. Auch die Arbeitslosigkeit in Höhe von 12 % zeige trotz des Wirtschaftswachstums kaum Veränderungen. Ungünstig sei auch, daß 60 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig seien. Erfreulich sei hingegen, daß die Investitionsgesetze weitgehend vorlägen; jetzt sei die Abschaffung der Im- und Exportbeschränkungen in Angriff zu nehmen. Erhebliche Mengen ausländischen Kapitals seien notwendig, um die Energieproduktion und den Transportsektor anzukurbeln. In einem bedauernswerten Zustand sei das Schulsystem; die Schulpflicht ende mit 14 Jahren und eine Anschlußausbildung sei nicht gesichert. Trotz des Ausbaus der höheren Schulen gäbe es heute weniger Schüler. Obwohl Menschenrechtsverletzungen noch festzustellen seien und das Justizsystem dringend zu reformieren sei, sei die Entwicklung dennoch insgesamt positiv.

Senator **Gaud** (Frankreich) ergänzte den Bericht, indem er auf die große Wohnungsnot hinwies, aber auch auf das Potential, das darin zu sehen sei, daß es

sehr viele Auslandsalbaner gebe. Schließlich äußerte er sich skeptisch, ob angesichts der Agrarüberproduktion in der Europäischen Union der Agrarsektor für Albanien zukunftsfruchtig sei.

Abg. **Zijlstra** (Niederlande) erwiderte, daß für Albanien Agrarexporte in südliche Mittelmeerländer in Betracht kämen. Im Vergleich zu anderen MOE-Staaten seien in Albanien die Böden gering belastet und die zur Verfügung stehenden Arbeitsmittel reichen für die kleinen und mittleren Betriebe aus. Er sei zuversichtlich, daß die Wohnungsnot behoben werden könne, da Wohnungen bereits zu einem Preis von weniger als 100 US-Dollar angeboten würden. Ausländisches Kapital käme vor allem durch Überweisungen der Auslandsalbaner ins Land. Auf eine entsprechende Bemerkung von Abg. **van Gennip** (Niederlande) bestätigte Abg. **Zijlstra** (Niederlande), daß Albanien ein Entwicklungsland sei. Die Nichtregierungsorganisationen stellten in Albanien eine „quantité négligeable“ dar.

Abg. **Minga** (Albanien) hob hervor, daß Albanien 50 Jahre unter einem fanatischen Kommunismus gelitten habe. Unmittelbar nach dem Sturz der kommunistischen Regierung habe Albanien unter großen externen und internen Problemen gelitten. Insbesondere habe nicht genug Brot für die Bevölkerung zur Verfügung gestanden. In diesem Zusammenhang dankte Abg. **Minga** Italien für seine Hilfe. Mittlerweile habe Albanien große Anstrengungen unternommen, befinde sich auf dem richtigen Weg und große Fortschritte seien bereits feststellbar. Allerdings gäbe es im Land 800 000 Bunker und keine Wohnungen. Dafür benötige Albanien mehr Kredite. Er protestierte daher ausdrücklich gegen das von Griechenland eingelegte Veto zu dem angekündigten Kredit der Europäischen Union in Höhe von 35 Millionen ECU. Die Privatisierungen habe die Regierung bereits weit vorangetrieben und Albanien arbeite an einer freien Marktwirtschaft. Doch die schwierigen Nachbarn, von denen Albanien im Norden, Osten und Süden umgeben sei, behinderten die Entwicklung Albanien. Er appellierte nochmals eindringlich, Griechenland in der Europäischen Union zur Ordnung zu rufen.

Abschließend versprach Abg. **Zijlstra** (Niederlande), den Sachverhalt um den Kredit der Europäischen Union zu prüfen und ggf. in den Bericht aufzunehmen; er mahnte jedoch nochmals dringlich, die Lage der Menschenrechte zu verbessern.

Im Anschluß an die Aussprache stellte Senator **Gaud** (Frankreich) das Programm des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ für das nächste halbe Jahr vor. Abg. **Estrup** (Dänemark) trug kurz vor, daß die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika im Anschluß an Kopenhagen über ein Frühwarnsystem für Handelsstreitigkeiten einig geworden seien.

Gegen Ende der Sitzung dankten der Vorsitzende, Abg. **Sir Wigg** (Vereinigtes Königreich), und Senator **Gaud** (Frankreich) dem ausscheidenden Abg. **Krieps** (Luxemburg) für seine 10jährige, engagierte Mitarbeit im Wirtschaftsausschuß der Nordatlantischen Versammlung.

Abg. **Sir Wigg** (Vereinigtes Königreich) schloß die Sitzung des Wirtschaftsausschusses und teilte mit, daß der Wirtschaftsausschuß zu seiner nächsten Sitzung im November 1994 in Washington zusammenkommen werde.

Ausschuß für Wissenschaft und Technik

Der Ausschuß für Wissenschaft und Technik tagte am 27. Mai 1994 unter Vorsitz von Senator **Hastings** (Kanada).

Auf der Tagesordnung standen Berichtsentwürfe der Abg. **Boehlert** (Vereinigte Staaten), **Banks** (Vereinigtes Königreich) und ein Informationsdokument des Ausschußvorsitzenden, Senator **Hastings** (Kanada).

Als Gastredner sprachen der Sonderberater für Abrüstung im Norwegischen Außenministerium, **Finn K. Fostervoll**, der Leiter des Waffenhandelsprojektes des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI), **Dr. Ian Anthony**, und der Direktor des Projektes Nuklearlieferanten des Monterey Instituts für Internationale Studien, **Dr. William Potter**.

In seinem Vortrag über Abrüstung und Umwelt im Hohen Norden ging **Finn K. Fostervoll** auf die Auswirkungen der Massenvernichtungswaffen auf das empfindliche ökologische System in der Arktis, insbesondere auf das der Halbinsel Kola, ein. Er verwies dabei auf die Schwierigkeiten, denen sich Rußland bei der Lagerung der teilweise stillgelegten nuklearbetriebenen U-Boote und Schiffe der Nordmeerflotte gegenüberübersieht und unterstrich die Notwendigkeit multilateraler Unterstützungsprogramme für dieses Unterfangen, im Rahmen derer man einen Überblick über die nukleare Kontamination im Norden erarbeiten solle. Die norwegische Premierministerin habe sich in diesem Zusammenhang in Washington für die Errichtung eines Fonds ausgesprochen. Dieser Vorschlag solle im Rahmen der G7-Gespräche behandelt werden. Norwegen erhoffe sich fachliche Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland, der Niederlande, Frankreichs und Italiens sowie im Rahmen der erwünschten transatlantischen Dimension auch die Unterstützung Kanadas und der Vereinigten Staaten. Eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Union würde sehr begrüßt, könne jedoch erst konkret verwirklicht werden, wenn durch das Referendum über den Beitritt Norwegens zur EU entschieden worden sei. Norwegen wünsche sich ebenfalls eine Kooperation mit der nordwestlichen Region Rußlands, vorrangig in den Bereichen Infrastruktur, Kultur und Industrie.

Auf Anfrage von Senator **Hastings** (Kanada) erklärte **Finn K. Fostervoll**, daß eine Wiederaufbereitung der nuklearen Abfälle sehr kostenintensiv und aus transporttechnischen Gründen schwer durchzuführen sei und daher Lagerungsmöglichkeiten auf der Insel Kola, in Archangelsk oder in Nowaja Semlja geprüft würden. Aufgrund der in Nowaja Semlja durchgeführten Atomtests beobachte man jedoch in dieser Region eine Veränderung der geologischen Formationen, die sich negativ auf die Sicherheit der dort zu lagernden nuklearen Abfälle auswirken könnte.

Dr. Ian Anthony stellte in seinem Vortrag die Arbeit des von ihm geleiteten Waffenkontrollprojektes am Stockholmer Friedensforschungsinstitut vor und führte aus, daß das Thema der Waffenkontrolle durch den Iran-Irak-Krieg an Bedeutung zugenommen habe. Die am internationalen Waffenhandel beteiligten Staaten beriefen sich auf das Recht auf Verteidigung derjenigen Staaten, die sich selbst nicht verteidigen könnten. Festgeschriebene Waffenkontrolle müßte jedoch bei potentiellen Gefahrenherden wie im Iran, Irak und im ehemaligen Jugoslawien angewendet werden. Generell gäbe es in der konventionellen Rüstungskontrolle zwei Ansätze: kooperative Maßnahmen und Zwangsmaßnahmen. Auch die ehemaligen Mitgliedstaaten des COCOM müßten sich im Sommer dieses Jahres für eine dieser Maßnahmen entscheiden. Die Resonanz auf die Anfrage des UN-Registers sei über Erwarten positiv ausgefallen. Nun müsse über eine Erweiterung dieses Registers, welches den Stand des Waffenbesitzes transparenter mache, entschieden werden.

Abg. **Banks** (Vereinigtes Königreich) legte einen Berichtsentwurf über den Gipfel von Rio vor. Er bedauerte, daß zwei Jahre nach dem Gipfel die Medien den dort angesprochenen Fragen kaum mehr Aufmerksamkeit schenkten, betonte jedoch gleichzeitig, daß der Ausschuß für Wissenschaft und Technik sich immer mit Umweltfragen auseinandergesetzt habe. Abg. **Banks** stellte kurz die in Rio verabschiedeten Instrumente vor. In allen Erklärungen sei festgeschrieben, daß die Industrieländer die Hauptlast tragen müßten; ein Problem stelle jedoch die Bereitstellung und Verwaltung der Mittel dar. Die im Jahr 1991 geschaffene Globale Umweltfazilität (GEF) sei um drei Jahre verlängert und ihre Mittel seien im März 1994 um 2 Milliarden US-Dollar aufgestockt worden. Abg. **Banks** unterstrich die Tatsache, daß die Wissenschaftler zwar eine Erhöhung der Erdtemperatur festgestellt hätten, sich über deren konkrete Ursache jedoch noch nicht im klaren seien. Er begrüßte die Klimakonventionen der Vereinigten Staaten und Kanadas und die Programme zur Emissionsreduzierung in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten hätten die Klimakonvention von Rio unterzeichnet, jedoch bestehe noch Uneinigkeit darüber, ob eine Energiesteuer erhoben werden solle. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sei jedoch übereingekommen, die Emission von Treibhausgasen bis zum Jahre 2000 auf das Niveau von 1990 zu senken. Trotz des mangelnden Interesses der Medien an diesem Thema sei eine Menge geschehen. Es gehe nun darum, weiterhin Mittel zur Bewältigung dieser Umweltprobleme bereitzustellen und die Verwaltung dieser Mittel effizienter zu gestalten. Abg. **Banks** forderte die Mitglieder des Ausschusses auf, diesbezüglich an ihre Regierungen heranzutreten.

Dr. Potter stellte in seinem Vortrag die Schwerpunkte der Programme über Waffenproliferation des Monterey Instituts für Internationale Studien in Kalifornien vor. Er ging ausführlich auf die aus mangelnder Sicherheit in der Nuklearindustrie in Rußland und einigen GUS-Staaten resultierenden Gefahren ein. Dazu gehören geringe Mittel zur Anschaffung von

Sicherheitsausrüstung, ein mangelndes Sicherheitsbewußtsein, niedrige Löhne und unsichere Arbeitsplätze, was eine Abwanderung der Fachkräfte in der Nuklearindustrie zur Folge hätte. Die von den westlichen Ländern angekündigte Hilfe für die RBMK-Reaktoren sei ebenfalls nicht erfolgt. Obwohl Experten die erste und zweite Generation der RBMK-Reaktoren nicht als sicher beurteilten und z. B. die Ukraine 15 % ihres und Weißrußland 18 % seines Staatshaushaltes für die Folgen des Reaktorunglückes in Tschernobyl ausbebe, strebe man den Bau von weiteren Reaktoren dieser Art an. Kurzfristig müsse man sich vor allem um den Brandschutz in den bestehenden Reaktoren bemühen; längerfristig stehe vor allem die Verbesserung sicherheitstechnischer Maßnahmen und die Gesetzgebung zur nuklearen Sicherheit an sowie die Schaffung eines Energieprogramms, wobei für dieses Programm Bankkredite erforderlich seien. Die zentrale Frage sei, ob die Nuklearindustrie aus der Vergangenheit gelernt habe, oder ob die neuen, unabhängigen Staaten ihre eigenen, negativen Erfahrungen machen müssen.

Der Vorsitzende des Unterausschusses über die Verbreitung von Militärtechnologie, Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) berichtete über abgeschlossene und geplante Aktivitäten des Unterausschusses. Im vergangenen Jahr hätten die Mitglieder des Unterausschusses eine Informationsreise nach Kiew und in die Arktis unternommen. Vom 19. bis 24. Juni schließe sich eine Reise in das ehemalige COCOM-Mitgliedsland Japan an. Die Weitergabe von Kernwaffen in Asien, insbesondere in China und Nordkorea, gebe Anlaß zur Sorge. In der Woche vom 6. September seien Beratungsgespräche in Genf und Wien mit Vertretern der Abrüstungskonferenz und der IAEO über den Nichtverbreitungsvertrag geplant. Für das kommende Jahr wolle man sich im Unterausschuß vorrangig mit der Raketentechnologie befassen, einem Thema, welches durch die vergrößerten Reichweiten der Raketen an Bedeutung gewinne.

Der Ausschußvorsitzende, Senator **Hastings** (Kanada), erklärte, daß sich aus den Antworten der Außenminister auf seine Schreiben einhellig ergeben habe, daß die Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages als vorrangiges Thema für zukünftige Ausschußtagungen gewünscht werde.

Als letzter Berichterstatter legte Abg. **Boehlert** (Vereinigte Staaten) den Bericht des Unterausschusses über die Verbreitung von Militärtechnologie vor. Er verwies auf den Golfkrieg als das Ereignis, welches die Gefahren der Waffenproliferation deutlich gemacht habe. Abg. **Boehlert** (Vereinigte Staaten) ging auf die wirtschaftlichen Aspekte der Rüstungsindustrie ein und erklärte, daß eine Einschränkung der Rüstungsexporte aus wirtschaftlichen Gründen schwierig und politisch kaum zu rechtfertigen sei. Es stelle sich die Frage, nach welchen Kriterien Rüstungsexporte an Länder erlaubt sein sollen. Die Waffenproliferation könne nicht nur durch Exportkontrollen eingedämmt werden, vielmehr solle man sich bemühen, Spannungen im Vorfeld zu verhindern. Benötigt würden jedoch internationale Kontrollmechanismen wie das 1991 erstellte UN-Waffenregister.

Ausschuß für Zivile Angelegenheiten

Der Ausschuß für Zivile Angelegenheiten tagte am 27. Mai 1994 unter dem Vorsitz von Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland). Der Ausschuß behandelte Berichtsentwürfe der Abg. **Ruperez** (Spanien), **Lord Lucas of Chilworth** (Vereinigtes Königreich) und **Pedro Moya** (Spanien). Vor dem Ausschuß sprachen als Gastredner der Präsident der Republik Kosovo, **Dr. Ibrahim Rugova**, und der stellvertretende Direktor für operationelle Angelegenheiten beim Internationalen Komitee des Roten Kreuzes, **Dr. Paul Grossrieder**.

Der Generalberichterstatte Abg. **Ruperez** (Spanien) ging bei der Vorstellung des Berichtsentwurfs über „Den Demokratisierungsprozeß in Osteuropa“ auf die Grundvoraussetzungen einer Demokratie ein, nämlich Rechtsstaatlichkeit, politischer Pluralismus und die Achtung individueller Rechte und Freiheiten. Diese Prinzipien stellten nur den normativen Rahmen dar und könnten nicht mechanisch angewendet werden; erforderlich sei ein Hineinwachsen sowie eine entsprechende wirtschaftliche Umgebung. Von besonderer Bedeutung sei der kulturelle Aspekt: Abg. **Ruperez** wies darauf hin, daß keines der Länder der ehemaligen Sowjetunion eine demokratische Tradition besitze, sondern übergangslos von der Monarchie zum Totalitarismus gelangt sei. Im Gegensatz dazu gebe es in den mitteleuropäischen Ländern eine Tradition im Hinblick auf die Achtung von Menschenrechten, und die neuen demokratischen Strukturen schienen trotz mancher nostalgischer Tendenzen in bezug auf die kommunistische Ära bereits relativ fest verwurzelt. Dennoch seien grundlegende Lernprozesse notwendig, wozu der Berichterstatte die Achtung vor anderen, die zur Macht gehörende Verantwortung, Kompromißfähigkeit und die Fähigkeit, Macht abzugeben, als wichtigste Faktoren bezeichnete. Ein Problem auf dem Weg des Demokratisierungsprozesses stelle in Anbetracht zahlreicher ethnischer Gruppen die nationale Identität dar, als weiteres Hindernis nannte er die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation; so gehe die Entwicklung in den Ländern der früheren UdSSR langsamer voran als vor einigen Jahren erhofft. Die Länder müßten soweit wie möglich Unterstützung erhalten und Hilfe bei der Abschwächung der negativen Folgen. Ein großes Problem stelle auch die Einflußmöglichkeit Rußlands dar, das bei vielen Entwicklungen eine Schlüsselrolle spiele, so daß Rückschritte dort auch negative Folgen für die Nachbarländer hätten.

In der anschließenden Debatte äußerten sich Vertreter verschiedener mittel- und osteuropäischer assoziierter Delegationen. Von ungarischer Seite wurde die fehlende Berücksichtigung von Minderheitenrechten in dem Bericht kritisiert. Hingewiesen wurde hierbei auf die Kontrollmechanismen des Europarats, mit denen die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen überwacht werde. Im Zusammenhang mit der fehlenden demokratischen Tradition in den Ländern der ehemaligen UdSSR wurde die hohe Wahlbeteiligung in der Ukraine hervorgehoben.

Abg. **Helmut Sauer** (Bundesrepublik Deutschland) sprach in seinem Redebeitrag die zahlreichen in

Deutschland bestehenden kommunalen Städtepartnerschaften an und die sich hieraus ergebenden Kontakte auch in der Bevölkerung. Er begrüßte den Freundschaftsvertrag zwischen Polen und Litauen und die hierdurch garantierten Minderheitenrechte sowie die Zusammenarbeit der NATO mit diesen Ländern.

Die ukrainische assoziierte Delegation dankte der NAV für die Wahlbeobachtung und bezeichnete eine Fortsetzung der Arbeit, beispielsweise einen Besuch des neuen ukrainischen Parlaments, als wünschenswert. Ein Vertreter der assoziierten Delegation aus Belarus würdigte die Objektivität des Berichts und ging auf verschiedene in seinem Land kürzlich verabschiedete Gesetze, z. B. über Minderheitenrechte und Pressefreiheit ein. Allerdings stehe die Ukraine vor großen wirtschaftlichen Problemen; so verursachten die Folgen des Reaktorunfalls in Tschernobyl immer noch hohe Kosten.

Der Ausschuß beriet weiter über den Entwurf des Zwischenberichts des Abg. **Lord Lucas of Chilworth** (Vereinigtes Königreich) über „Die menschliche Dimension der KSZE: Grundsätze, Mechanismen und Umsetzung“.

Der Berichterstatte erläuterte eingangs die Grundsätze der menschlichen Dimension, die als Hauptbestandteile eine Reihe von Verpflichtungen im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten enthält sowie Richtlinien für die Zusammenarbeit zur Umsetzung dieser Prinzipien. Eingehend auf die Mechanismen und Institutionen der menschlichen Dimension bewertete er insbesondere die Tätigkeit des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten, der im Januar 1993 seine Arbeit aufgenommen hatte, als positiv. In mehreren schwerwiegenden Fällen ethnischer Spannungen habe er eine signifikante Rolle gespielt und Konflikte verhütet. Der Berichterstatte befaßte sich ferner mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, das er als die wichtigste Durchführungs- und Förderungsinstanz im Bereich der menschlichen Dimension bezeichnete. Eine Gesamtbeurteilung der Arbeit setze jedoch noch verschiedene Recherchen voraus. Bei der Bewertung der Effizienz der KSZE-Mechanismen der menschlichen Dimension wies Abg. **Lord Lucas of Chilworth** auf die Gefahr der Doppelstrukturen und des Wettbewerbs mit anderen Organisationen hin, was insbesondere auf den Europarat zutrefte. Hier sei eine stärkere Koordinierung nötig. Auch die Aktivitäten der verschiedenen KSZE-Institutionen selbst müßten gestrafft und stärker koordiniert werden. Grundsätzlich könnten die Instrumente und Verfahren der KSZE auch weiterhin wertvolle Werkzeuge im Dienste von Menschenrechten, Demokratie und Konfliktverhütung sein. Die KSZE habe einen Raum gemeinsamer Werte geschaffen, über die menschliche Dimension habe sie Pluralismus, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu Prinzipien der gesamten nördlichen Hemisphäre gemacht. Ein Problem stelle sicherlich die Nicht-Durchsetzbarkeit der Beschlüsse dar; diese Schwäche sei jedoch gleichzeitig eine Stärke, da dieser Umstand auch größere Flexibilität ermögliche. Er forderte, die bisher erfolgreiche Arbeit der KSZE weiter zu unter-

stützen und insbesondere die menschliche Dimension zu fördern.

Im Verlauf der anschließenden Debatte wies ein Vertreter Moldawiens auf die Bemühungen der KSZE in seinem Land hin und forderte weitere Unterstützung dieser Mission. Er bat erneut um die Gewährung der assoziierten Mitgliedschaft in der NAV.

Der Stellvertretende Direktor für operationelle Angelegenheiten beim Internationalen Komitee des Roten Kreuzes, **Dr. Paul Grossrieder**, berichtete über die humanitäre Tätigkeit in Konfliktsituationen.

Einleitend erläuterte er die Strukturen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK), das in über 20 Konfliktregionen der Welt mit über 1 000 Mitarbeitern tätig ist. Die humanitäre Tätigkeit des IKRK und anderer Organisationen werde oft dort ausgeübt, wo militärische Interventionen stattgefunden hätten, wobei es sich zumeist um interne Konflikte handele. Er bezeichnete als signifikante Umstände der Konfliktsituationen das Auseinanderbrechen der staatlichen Strukturen und die Nichtanwendung des Rechtssystems auf die Angehörigen der Gegenseite. Ferner finde regelmäßig eine Auflösung des sozialen und wirtschaftlichen Systems statt sowie ein Zusammenbruch ärztlicher Versorgung.

Die Art der Konflikte habe sich generell verändert — während früher die ideologische Ausrichtung und die Militärorganisation eindeutig gewesen seien, würden heute die Verhandlungen, die zum Aufbau der für die humanitäre Arbeit notwendigen Strukturen erforderlich seien, erschwert durch undurchsichtige Organisation. **Dr. Paul Grossrieder** betonte dabei die Bedeutung der Unparteilichkeit der humanitären Einrichtungen und die Trennung zwischen diesen und dem Militär, was jedoch Kooperation — wie in den Sicherheitszonen — nicht ausschließe. Abschließend ging er auf die Problematik der Sicherheit vor Ort ein. Um die Sicherheit der an humanitären Maßnahmen Beteiligten zu gewährleisten, müßten Beziehungen zu allen Konfliktparteien geknüpft werden, was Neutralität zwingend voraussetze. Nur so würde das IKRK als Organisation angesehen, von der keine Bedrohung ausgehe, was die Aushandlung annehmbarer Sicherheitsbedingungen erst ermögliche.

Der Ausschuß diskutierte außerdem über „Das Erstarken des islamischen Radikalismus und die Zukunft der Demokratie in Nordafrika“ auf der Grundlage des Entwurfs eines Zwischenberichts des Abg. **Moya** (Spanien).

Der Berichterstatter erläuterte die mit dem erstarken islamischen Radikalismus einhergehenden Folgen auch für die westlichen Länder. Der Fundamentalismus beinhalte eine feindliche Einstellung gegen den Westen und westliche Werte, die bis hin zu terroristischen Akten reiche.

Der wachsende Radikalismus führe auch zu Migration, die den westlichen Ländern insbesondere im Mittelmeerraum Sorgen bereite. Überwiegend werde es von den westlichen Ländern vorgezogen, die autoritären Regime von Militärs und anderen Gruppierungen zu unterstützen als die Möglichkeit einer Machtübergreifung durch die Fundamentalisten in Betracht zu

ziehen. Dies bezeichnete Abg. **Moya** als problematisch, da der Eindruck erweckt werden könne, der Westen unterstütze die Demokratie unter Beteiligung aller vom Volk gewählten Kräfte nur dann, wenn es ihm nützlich erscheine. Außerdem werde hierdurch bei den Fundamentalisten die Vorstellung genährt, daß sie Macht nur durch Einsatz von Gewalt erreichen können. Der Berichterstatter wies hierbei auf die Unterschiede zwischen der amerikanischen und der europäischen Politik hin. Die USA warnten vor Barrieren zwischen dem Westen und dem Islam oder anderen Religionen und drängten auf die Aufnahme auch islamitischer Führer, wobei zwischen gemäßigten und extremistischen Bewegungen differenziert werden sollte. Diese Einstellung werde nicht von allen Mitgliedern der Allianz geteilt, so daß die unterschiedlichen Meinungen innerhalb der europäischen Regierungen und im Verhältnis zur amerikanischen Auffassung diskutiert werden müßten. Grundsätzlich stelle sich die Frage, ob die westlichen Werte mit dem Islam als politisches Konzept vereinbar seien. Für die meisten Islamiten bilde der Islam die Grundlage für individuelle wie kollektive Identität. Während nach dieser Anschauung eine Trennung zwischen beiden kaum vorstellbar sei, sei diese Unabhängigkeit die Basis der westlichen Demokratien. Abg. **Moya** regte an, die Regierungen Nordafrikas zur Wiederaufnahme des Dialogs mit den islamitischen Bewegungen zu ermutigen, da die zumindest teilweise Integration gerade zur Abschwächung des Extremismus führen könne. Erforderlich sei auch die Verbesserung der unzureichenden sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, die das Erstarken der Bewegung gefördert hätten. Der Westen könne durch stärkere Öffnung für die Exporte der betreffenden Länder Hilfe leisten, aber auch durch Verweigerung von Hilfe Druck ausüben, wenn nicht der Versuch gemacht werde, Demokratie zu fördern und Barrieren gegen die Privatwirtschaft abzubauen. Auch seitens des Westens müßte ein Dialog geführt werden.

Im Anschluß hieran gab Abg. **Bensheik** (Marokko) für die marokkanische Beobachterdelegation eine Stellungnahme ab und wies auf tiefgreifende wirtschaftliche und politische Veränderungen in seinem Land hin. Ein strenges Anpassungsprogramm gemeinsam mit dem IWF und der Weltbank habe die Haushalts- und Zahlungsbilanzdefizite verringert. Die Einrichtung der Organisation für Welthandel in Marrakesch zeige das internationale Vertrauen in die Stabilität und künftige wirtschaftliche Entwicklung Marokkos. Marokko trete für eine Öffnung gegenüber der Außenwelt ein; das Parlament weise eine Mehrparteienstruktur auf, auch in der Beobachterdelegation bei der NAV seien Abgeordnete der Minderheitsfraktion vertreten. Abg. **Bensheik** unterstrich die Bedeutung der Öffnung der anderen Märkte für Marokko und erklärte, nur bei Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme könne das Abgleiten in den Radikalismus verhindert werden.

Abg. **Helmut Sauer** (Bundesrepublik Deutschland) erklärte, die Diskussion zeige die Notwendigkeit, sich mit der Region und den Religionen noch eingehender zu beschäftigen. Dabei dürfe jedoch nicht der Sudan außer Acht gelassen werden, mit dessen Problematik sich kaum eine Organisation befasse, auch nicht das

Europäische Parlament oder die deutsche Regierung. Zum Thema des erstarkenden Fundamentalismus bezeichnete er es als notwendig, noch mehr Informationen über das Christentum und den Islam zu sammeln.

Die Vorsitzende, Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland), wies abschließend darauf hin, daß der Islam in früheren Zeiten Toleranz gezeigt habe, als das Christentum noch erheblich intoleranter gewesen sei. Ferner betonte sie Fortschritte in der Erziehung, die sich beim Besuch des Ausschusses in Marokko gezeigt hätten. Auch die Tatsache, daß in der Türkei eine Frau Ministerpräsidentin sei, belege Fortschritte in einem islamischen Land.

Gegenstand der Diskussion waren außerdem die Maghreb-Länder und die dortigen Stabilitätsrisiken, wobei generell die wirtschaftliche Förderung auch im Hinblick auf Krisenverhütung als notwendig angesehen wurde.

Im weiteren gab der Ausschuß dem Vorsitzenden des Unterausschusses „Mittelmeerraum“, Abg. **Kavak** (Türkei), Gelegenheit, sich zu der Aufhebung der Immunität und der Verhaftung von sechs Mitgliedern der türkischen Nationalversammlung zu äußern. Er bezeichnete die Immunität als allgemein anerkanntes Recht, das für die Ausübung politischer Tätigkeit unerläßlich sei, aber bei Vorliegen krimineller Handlungen nicht greifen könne, da anderenfalls gegen den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz verstoßen werde. Die Aufhebung der Immunität in den vorliegenden Fällen sei völlig legal erfolgt. Die sechs Abgeordneten hätten in der Nationalversammlung verfassungswidrige Äußerungen gemacht, sodaß es notwendig geworden sei, hierauf zu reagieren. Untersuchungen hätten ergeben, daß PKK-Mitglieder bei DEP-Vertretern Unterschlupf gefunden hätten und von parlamentarischen Ärzten behandelt wurden. Die Aufhebung der Immunität sei für die vollständige Aufklärung erforderlich gewesen; die erhobenen Anklagen richteten sich keinesfalls gegen die Meinungsfreiheit. Die Türkei sei ein Rechtsstaat und dementsprechend seien auch die Untersuchungsmethoden gesetzmäßig. Die Rechtmäßigkeit der getroffenen Maßnahmen werde dadurch bestätigt, daß die vor dem Verfassungsgericht erhobenen Klagen mit einer Ausnahme abgewiesen worden seien. Abschließend ging Abg. **Kavak** (Türkei) auf die terroristischen Aktivitäten der PKK ein und wies auf die deshalb erfolgten Verhaftungen von Kurden in anderen europäischen Ländern hin.

Der Präsident der autonomen Republik Kosovo, **Dr. Ibrahim Rugova**, erläuterte auch in seiner Rede vor dem Ausschuß für Zivile Angelegenheiten die Situation im Kosovo und seine Vorstellungen über eine friedliche Lösung des Konflikts. Er bat den Ausschuß und die Versammlung, sich mit der Frage beispielsweise in einer Entschließung zu befassen.

Seitens der assoziierten albanischen Delegation wurde die Geste der Einladung gewürdigt. Der Vertreter appellierte an die europäischen Einrichtungen, eine Lösung des Problems zu finden.

Auf Fragen der Vorsitzenden Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) nach der Zukunft einer unabhängigen Republik Kosovo und der Situation der gemischt serbisch-albanischen Familien erklärte **Dr. Ibrahim Rugova**, die Republik Kosovo werde ein freies Land mit marktwirtschaftlichen Strukturen sein und alle Bürgerrechte garantieren, was auch für die gemischten Familien gelte, die es allerdings kaum gebe.

Auf Fragen nach dem Boykott des serbischen Schulsystems antwortete **Dr. Ibrahim Rugova**, die Schulen seien von den serbischen Behörden geschlossen worden, um die Erziehung der jungen Menschen zu verhindern. Man habe deshalb private Lehrstätten organisiert. Er unterstrich nochmals, daß nach Einrichtung einer unabhängigen Republik Kosovo auch die Rechte der serbischen Bevölkerungsteile garantiert wären und wies darauf hin, daß eine unabhängige und neutrale Republik mit Zivilverwaltung dem erklärten Willen der Bevölkerung entspreche.

Plenardebatte zum Thema: „Partnerschaft für den Frieden“

Die „Partnerschaft für den Frieden“ wurde von allen Delegationen mehr oder weniger positiv bewertet. Die meisten der assoziierten Delegationen machten jedoch auch klar, daß die „Partnerschaft für den Frieden“ nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sei und der Beitritt zur NATO ihr Ziel bleibe. Viele Delegationen — sowohl der NATO-Mitgliedstaaten als auch der assoziierten — sprachen sich ausdrücklich dagegen aus, Rußland innerhalb der „Partnerschaft für den Frieden“ eine Sonderrolle einzuräumen.

Die Debatte über die „Partnerschaft für den Frieden“ eröffnete Senator **Roth Jr.** (Vereinigte Staaten) daran erinnernd, daß die „Partnerschaft für den Frieden“ zunächst nur Enttäuschung verursacht habe, da die assoziierten Staaten die sofortige Ausweitung der NATO erwartet hätten. Mittlerweile sei man sich jedoch darüber einig, daß die Frage, ob die NATO erweitert werde, klar bejaht werde. Da jetzt nur noch der Zeitpunkt der Erweiterung offen sei, werde die „Partnerschaft für den Frieden“ allgemein positiv bewertet. Obwohl noch viele Detailfragen zu klären seien, müsse die Frage nach dem Beitrittstermin zeitnah beantwortet werden. Gerade die gegenwärtige Schwäche und Brüchigkeit der neuen Demokratien spreche dafür, ihnen durch eine rasche Erweiterung Halt zu geben. Ausdrücklich betonte Senator **Roth**, daß die NATO mit der Erweiterung keine expansiven Absichten verfolge; es gehe ihr einzig und alleine darum, den Frieden zu erhalten.

Abg. **Skaug** (Norwegen) unterstrich, daß die „Partnerschaft für den Frieden“ ein niemanden ausgrenzendes Angebot sei, das nicht zum Ziel habe, die NATO nach Osten auszuweiten, sondern gemeinsam Friedensprobleme lösen zu helfen. Ausdrücklich wies er darauf hin, daß sich die „Partnerschaft für den Frieden“ weder gegen Rußland noch irgendein anderes Land richte. Eine Sonderrolle dürfe Rußland jedoch nicht zugestanden werden. Es nehme zwar eine

wichtige Rolle ein, dennoch müßten in der „Partnerschaft für den Frieden“ alle Partner gleichberechtigt sein. Abschließend bemerkte Abg. **Skaug**, daß er insbesondere den Beitritt Schwedens und Finnlands zu der „Partnerschaft für den Frieden“ sehr begrüße.

Abg. **Minga** (Albanien) schilderte zunächst die düstere Lage in Albanien und bat erneut um die Unterstützung aller NATO-Mitgliedstaaten. Albanien, das Perspektiven für eine bessere Zukunft nach den vergangenen 50 Jahren Terrorherrschaft brauche, wolle in die NATO eingebunden werden und an ihr aktiv mitarbeiten können. Die Vollmitgliedschaft, die sich Albanien in absehbarer Zeit erhoffe, wäre dabei ein wichtiges Signal, nicht zuletzt auch ein Sicherheitsfaktor. Gleichzeitig werde damit ein deutliches, positives Zeichen für die Bemühungen Albaniens gesetzt, um in der Europäischen Union und in Europa insgesamt integriert zu werden. Abschließend wies Abg. **Minga** nochmals darauf hin, daß Albanien im Norden, Osten und Süden von aggressiven Nachbarn umgeben sei.

Abg. **Klaus Francke** (Bundesrepublik Deutschland) hob zu Beginn seiner Rede hervor, auf der diesjährigen Frühjahrstagung der NAV sei in den Ausschüssen wie in Einzelgesprächen viel über die Bedingungen und den Zeitpunkt der Erweiterung der NATO gesprochen worden. Leider habe die Zeit nicht gereicht, um andere drängende Probleme anzusprechen: Er nenne hier nur den Konflikt Griechenlands mit Mazedonien, die ungelöste Kurdenfrage in der Türkei und den Konflikt in dem ehemaligen Jugoslawien, der immer noch nicht habe gelöst werden können.

Aus deutscher Sicht wolle er grundlegende Prämissen für die weitere Arbeit der NATO darlegen: Erstens sei die Bundesrepublik Deutschland für die Erweiterung der NATO; die Reihenfolge und die Zeitpunkte der Beitritte seien zügig festzulegen. Zweitens sei eine Unterstellung der NATO unter die KSZE abzulehnen. Die KSZE müsse selbständig ihre Aufgaben erfüllen. Die „Partnerschaft für den Frieden“ sei ein erster Schritt für eine spätere Vollmitgliedschaft in der NATO; dennoch könnten — und dieses müsse deutlich gesagt werden — sicherlich nicht alle Partnerschaftsländer NATO-Mitglieder werden. Die NATO-Mitgliedstaaten hätten verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um durch Anpassung des militärischen Gerätes, durch gemeinsame Manöver, etc. zukünftig Aufgaben der Friedenssicherung übernehmen zu können. Vordringliche Aufgabe bleibe aber, Sicherheit — die grundsätzlich unteilbar sei — zu gewährleisten. Daher sei es auch dringend erforderlich, unabhängig von der „Partnerschaft für den Frieden“ und der Erweiterung der NATO, parallel eine vertragliche Sicherheitsgrundlage zu Rußland zu schaffen.

Zum Schluß seiner Ausführungen erinnerte Abg. **Klaus Francke** daran, daß die Rede des polnischen Vertreters, **Longin Pastusiak**, im Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit sowie im Politischen Ausschuß der Versammlung die Dringlichkeit gezeigt habe, mit der Antworten auf die Erweiterungswünsche gegeben werden müßten. Die deutsche Delegation erwarte insofern von der Herbsttagung in Washington, daß die

NAV dort abschließende Empfehlungen für die Beitritte zur NATO beschließen werde.

Abg. **Inan** (Türkei) betonte die Bedeutung der „Partnerschaft für den Frieden“ nach dem Ende des Kalten Krieges. Dadurch werde deutlich, daß es weder Verlierer noch Gewinner gäbe, das Ende des Kalten Krieges vielmehr ein Gewinn für die Menschheit sei. Dementsprechend dürfe es auch kein „Nein“ gegenüber friedens- und beitriftswilligen Staaten geben, so daß der Beitritt auch Staaten des Nahen Ostens eröffnet werden müßte. Andererseits lehne die Türkei Kriterien wie „Stärke“ oder das nukleare Potential für die Auswahl der zukünftigen Partner der NATO ab. Schließlich äußerte er sein Bedauern darüber, daß immer noch in vielen Ländern der Welt, insbesondere in Jugoslawien und im Kaukasus, Krieg herrsche.

Die „Visegrad“-Staaten bekundeten, daß sie die „Partnerschaft für den Frieden“ begrüßten, aber an ihrem Ziel einer Vollmitgliedschaft festhalten würden. Abg. **Slatinski** (Bulgarien) betonte, daß Bulgarien die Ziele des Bündnisses unterstütze und möglichst bald die Bedingungen für eine Vollmitgliedschaft erfüllen wolle. Doch auch im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ erwarte Bulgarien, daß es die NATO konsultieren könne, wenn es bedroht werde. Eine Zusammenarbeit in allen Sicherheitsfragen sei wichtig und müsse sich in gemeinsamen Übungen, Planungen und Schulungen ausdrücken. Der Sicherheit Bulgariens komme auch eine erhebliche Bedeutung für die Sicherheit auf dem Balkan zu; insofern stelle die Erweiterung der NATO auch eine Garantie für die unteilbare Sicherheit dar.

Abg. **Vasarhelyi** (Ungarn) begrüßte die „Partnerschaft für den Frieden“ als eine Etappe auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft, die Ungarn als Ziel anstrebe. Die Nordatlantische Versammlung habe dafür mit der Aufnahme assoziierter Mitglieder den Weg geebnet. Ermutigt durch diese Dynamik bitte Ungarn die Versammlung um Aufnahme als Vollmitglied. In Ungarns Rahmendokument zur „Partnerschaft für den Frieden“ habe es ausdrücklich auf die Stärkung der Versammlung im Friedensprozeß hingewiesen.

Abg. **Pastusiak** (Polen) unterstrich, daß auch Polen Vollmitglied in der NATO werden wolle. Dieser Wunsch werde von dem gesamten politischen Spektrum geteilt. In Polen sei der Vorschlag für die „Partnerschaft für den Frieden“ zunächst ablehnend beurteilt worden, in der letzten Zeit habe sich jedoch ein positives Verhältnis dazu entwickelt. Er könne nur nachdrücklich unterstützen, daß die NATO die Bedingungen für die Teilnahme an der „Partnerschaft für den Frieden“ festlege; es dürfe insbesondere keine Sonderrollen geben. Er müsse aber auch mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Sicherheit der mittel- und osteuropäischen Staaten mit der Gesamteuropas eng verknüpft sei.

Abg. **Vychodil** (Tschechische Republik) bemerkte, daß die „Partnerschaft für den Frieden“ ein kleiner, aber wichtiger Schritt in die richtige Richtung sei. Ein Sonderstatut für Rußland dürfe es nicht geben. Nachdrücklich müsse er unterstreichen, daß die „Partnerschaft für den Frieden“ kein Substitut für eine NATO-Vollmitgliedschaft darstelle. Schließlich hob er deut-

lich hervor, daß die Tschechische Republik westlich, d. h. Partner in der Wertegemeinschaft des Westens, sein wolle.

Abg. **Hrnko** (Slowakei) begrüßte die „Partnerschaft für den Frieden“ als einen Weg zur Einbindung seines Landes in westliche Strukturen mit dem Ziel einer NATO-Vollmitgliedschaft. In seinem Land bereite man sich auf die Partnerschaft dadurch vor, daß die Verteidigungsplanung und -ausgaben transparenter gestaltet werden. Ferner wolle die Slowakei Voraussetzungen für die Teilnahme an Friedensmissionen schaffen. Ferner seien bereits 1 % des Verteidigungshaushaltes für die Partnerschaft veranschlagt worden. Auch die Übernahme westlicher Sicherheitsstrukturen solle die Slowakei in eine NATO-Mitgliedschaft führen.

Abg. **Bereuter** (Vereinigte Staaten) betonte unter Hinweis auf seine gemeinsam mit Senator **Heflin** (Vereinigte Staaten) gestartete Initiative, daß die Umsetzung der „Partnerschaft für den Frieden“ durch koordinierte konkrete Arbeitsschritte erfolgen sollte. Voraussetzung für die Aufnahme eines Landes in die „Partnerschaft für den Frieden“ sei u. a. die Achtung der Grundrechte und zivile Kontrolle des Verteidigungsbereiches.

Abg. **Mityukov** (Russische Föderation) sagte, daß sein Land effektive Sicherheitsstrukturen mit einer breitgefächerten Partnerschaft im Rahmen der KSZE anstrebe. Als Erwiderung auf das „PfP“-Programm der NATO habe die Russische Föderation ein eigenes Dokument erarbeitet, in dem die zivile Kontrolle der Verteidigungseinrichtung, Änderung der militärischen Strukturen und die Bereitschaft zu friedenserhaltenden Maßnahmen als Eckpunkte festgelegt seien. Ferner arbeite sein Land auf eine Sonderrolle zur NATO hin, die u. a. Pflichtkonsultationen bei Konfliktfällen beinhalte. Im übrigen strebe Rußland aufgrund seiner geographischen Lage ein eurasisches Sicherheitssystem an.

Abg. **Rompkey** (Kanada) gab vor dem Hintergrund des starken kanadischen Engagements in Bosnien-Herzegowina seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich die NATO zu einer Weltorganisation für Frieden und Partnerschaft entwickeln werde. Die „Partnerschaft für den Frieden“ sei nur ein Schritt in diese Richtung. Abschließend nannte Abg. **Rompkey** (Kanada) die durch das Zusammenwirken mit den jungen Demokratien entstehenden Vorteile stärker als die Gefahr einer Verwässerung der NATO.

Abg. **Marcus** (Frankreich) bemerkte, die Staaten der ehemaligen Warschauer Vertragsorganisation hätten erkannt, daß die NATO den neuen Demokratien wertvolle Hilfe leisten könnte. So sei deren Wunsch nach einem raschen Beitritt zur EU und NATO zwar verständlich, aber gerade letztere könne die mit einer Vollmitgliedschaft verbundene Beistandsgarantie gegenwärtig nicht geben. Dazu bedürfe es einer langen Übergangszeit. Mit der Partnerschaft für den Frieden sei ein geeignetes Instrument gefunden worden, um während dieser Phase die für eine NATO-Mitgliedschaft unverzichtbaren Voraussetzungen zu schaffen.

Abg. **Sir Johnson Smith** (Vereinigtes Königreich) zeigte sich deutlich beeindruckt von den Diskussionen in den Ausschüssen der NAV und den Vorschlägen für eine neue Sicherheitsarchitektur. Selbst wenn dies für Rußland innenpolitisch schwierig gegen die dort sehr starken Nationalisten durchzusetzen sei, dürfe es kein Vetorecht in der „Partnerschaft für den Frieden“ geben. Er habe im übrigen keinen Zweifel daran, daß über die „Partnerschaft für den Frieden“ auch neue Mitglieder in die NATO kommen würden. Dennoch warne er davor, die NATO zu sehr zu erweitern; dies würde ihre Wirksamkeit verwässern. Er regte an, darüber nachzudenken, ob nicht anstelle der NATO die WEU für die europäische Sicherheit das geeignetere Bündnis sei. Überhaupt könne die Europäische Union für die Stabilität in Europa mehr leisten als die NATO. Stabilität in Europa sei nämlich nicht allein militärisch, sondern vor allem wirtschaftlich zu erreichen.

Die Position von Abg. **Sir Johnson Smith** (Vereinigtes Königreich) wurde auch ausdrücklich von Abg. **Regis** (Italien) unterstützt. Die wirtschaftliche Entwicklung sei die wichtigste Voraussetzung für die Stabilität in Europa. Weiter führte er aus, das Bündnis brauche keinen Gegner. Daher könne auch Rußland dem Bündnis beitreten. Im übrigen warnte Abg. **Regis** (Italien) vor Positionen, die ein Land isolieren könnten.

Die Baltischen Staaten begrüßten die „Partnerschaft für den Frieden“, der sie bereits beigetreten seien. Dennoch wiesen sie darauf hin, daß sie Vollmitglied in der NATO werden wollten. Abg. **Jarmolenko** (Litauen) führte weiter aus, daß sein Land nicht nur Mitgliedstaat der Europäischen Union werden wolle, sondern auch damit rechne, es werden zu können. Die „Partnerschaft für den Frieden“ gäbe den Baltischen Staaten insbesondere die Möglichkeit, ihre Streitkräfte an die neuen Aufgaben anzupassen. Er sei zuversichtlich, daß auf diese Art und Weise eine neue Generation von Offizieren heranwachsen werde, die auch einen neuen Geist in das Militär hineintrage. Gelegenheit, dieses Anliegen zu fördern, bestünde natürlich vor allem dann, wenn es ein gemeinsames internationales Trainingsnetz und gemeinsame Übungen mit der NATO gäbe. Besondere Sorge bereite den Baltischen Staaten und vor allem Litauen, daß die Russische Föderation die Unterschrift unter den Vertrag für die „Partnerschaft für den Frieden“ bisher verzögert habe.

Abg. **Ratiu** (Rumänien) hob Rumäniens starke Unterstützung für die „Partnerschaft für den Frieden“ hervor und begrüßte zugleich, daß die Partnerschaft keine Diskriminierung einzelner Länder zur Folge habe. Rumänien akzeptiere die mit der Partnerschaft verbundenen Kosten und Verpflichtungen ebenso wie die Tatsache, daß die Entwicklung zur politischen und militärischen Kooperation Zeit beanspruchen werde. Rumänien, das an der Umstrukturierung seiner Wirtschaft aktiv und energisch arbeite, habe mit der Unterzeichnung des Rahmendokuments zur Friedenspartnerschaft den ersten Schritt getan.

Abg. **Ericson** (Schweden) bewertete die Aufgeschlossenheit der Initiative „Partnerschaft für den Frieden“ positiv, weil sie keine neuen Grenzen in Europa ziehe.

Die Initiative habe im schwedischen Parlament uneingeschränkte Unterstützung erfahren und auf dieser Grundlage könne sich die Zusammenarbeit Schwedens mit der NATO entwickeln.

Bonn, den 29. Juni 1994

Klaus Francke, MdB
Leiter der Delegation

Senator Volker Kröning
Stellvertretender Leiter der Delegation

